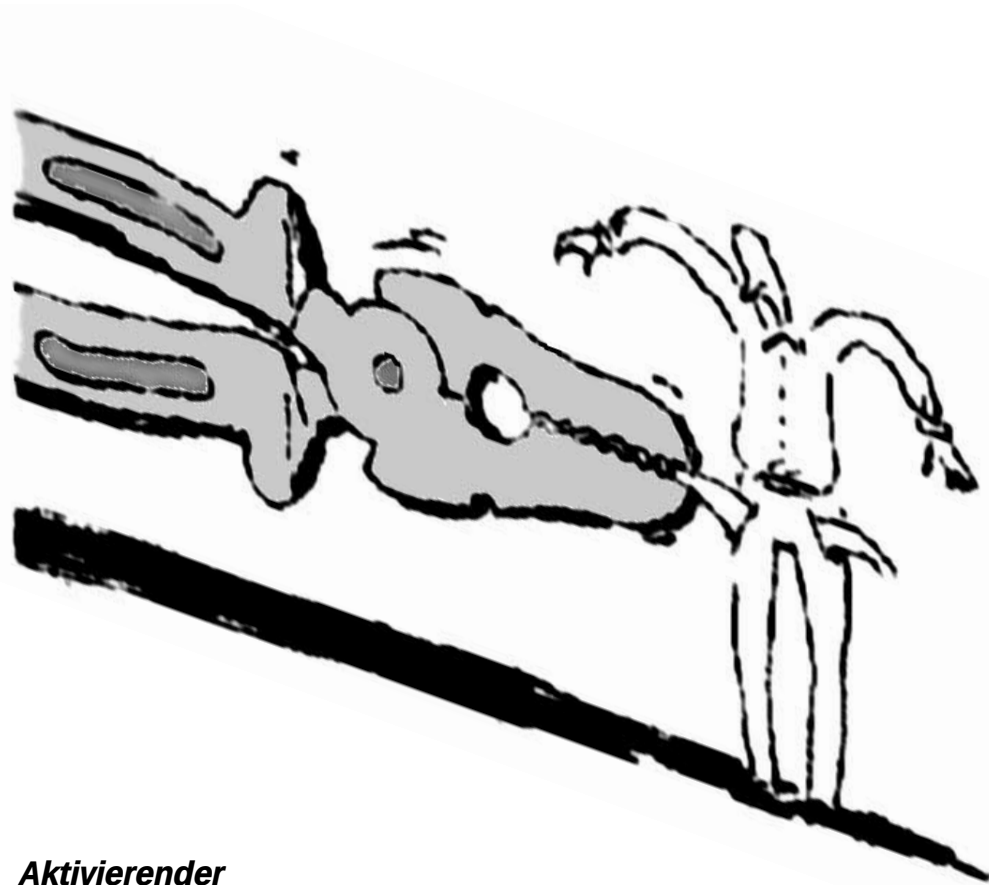


Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



**Aktivierender
Sozialstaat ...
S. 3**

**„Versuchslabor“
Mailand
S. 8**

**Kita – harte Kämpfe
S. 12**

**Lohnbewegungen:
Forderungen und
Abschlüsse
S. 15**

**Antikriegspartei
PDS - Bleibt's dabei?
S. 19**



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, Hamburg; GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32 ... **und Ost** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24009468, Fax: 030 / 24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Politischen Berichte veröffentlichen die Mitteilungen der „**ArGe**, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

VERÖDUNG. Bis zu einer Million Wohnungen stehen nach Auskunft des Bundesbauministers Klimmt inzwischen in den östlichen Bundesländern leer, damit hat sich der Leerstand zwischen 1993 und 1998 auf 13% mehr als verdoppelt. In einigen Städten steht bis zu einem Drittel des Bestandes leer, v.a. betroffen sind Plattenbausiedlungen im Umfeld früherer Industriekombinate. Hauptursache ist die hohe Arbeitslosigkeit, die die Menschen vertreibt; außerdem verlassen Besserverdienende die verödenen Stadtteile und Regionen. Denen, die sich hohe Mieten nicht leisten können, droht soziale Vereinsamung. Für die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften werden die entleerten Wohnsiedlungen zur großen Belastung, kleinere Firmen haben bereits Pleite gemacht. Klimmt befürwortet den Abriss leer stehender Wohnblocks; damit wurde in der Realität bereits begonnen.

OSTRITT. Die Deutsche Bank schickt sich an, die fünftgrößte polnische Bank, die „Wirtschaftsinvestitionsbank“ (BIG-Bank) mit Sitz in Gdansk (als „Danzig“ lange vorgeschobener Posten des Deutschen Reiches in Polen) zu erobern. Mitte Februar hievte sie bei der Neubesetzung zehn Manager in den Vorstand der BIG-Bank, die für die Übernahme stehen – gegen neun, die die Übernahme bekämpfen. Der polnische Schatzminister, der den Versuch der feindlichen Übernahme heftig angriff, wurde, u.a. nach Intervention des deutschen Bundeskanzleramtes, zurückgepfiffen, seine Stellvertreterin beeilte sich zu betonen, wie sehr es auf „deutsche Investitionen ankommt“. Die Deutsche Bank bestritt den feindlichen Charakter der Übernahme, da sie die polnische Regierung zuvor konsultiert habe.

WAFFENWEIHE. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken segnet in einem am 24. vorgelegten Thesenpapier militärische Interventionen aus „humanitären Gründen“ ab. Das Völkerrecht sei dahingehend weiterzuentwickeln, dass präzise Kriterien entwickelt würden, wann eine „humanitäre Intervention ... geboten“ sei. Das sei auch ein klares Signal, „dass der Schutz der Menschen nicht vor der nationalen Souveränität Halt machen kann“, heißt es in dem Papier. Ausdrücklich wendet sich das ZK – auch hier mit voller Rückendeckung für die Vorhaben der Westmächte – gegen das Vetorecht im UN-Sicherheitsrat: Das Prinzip des Konsenses widerspreche der Überparteilichkeit. Deshalb verspricht das ZK auch Interventionen ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrats die Zustimmung – als „Notlösung“. Außerdem fordert es die Einrichtung bzw. Stärkung des „Weltstrafgerichts“; es „bemängelt, dass im gesamteuropäischen Rahmen – aber auch für die ganze Menschheit – eine Rechtsordnung mit gemeinsamen öffentlichen Gewalten fehle“.

POLIZEISPIELE. Anlässlich des Fußballspiels zwischen der Auswahl der BRD und der der Niederlande wurde wieder einmal unter der Parole der Bekämpfung von Gewalt das staatliche Gewaltpotenzial erhöht. Die Polizeibehörden probten weit ins Vorfeld verlagerte Repressionsmaßnahmen gegen sogenannte Hooligans und großangelegte Kontrollen. Ca. 500 der bundesweit 3000 amtlich registrierten „potenziellen Gewalttäter“ wurden zwei Tage vor dem Spiel von Polizei heimgesucht und „verwarnt“. Gegen 41 wurde präventiv ein Ausreiseverbot verhängt. An den Grenzen zu den Benelux-Staaten wurden 10.100 Personen überprüft, 14 an der Weiterreise gehindert. Bei dem Einsatz, bei dem das LKA NRW die Federführung hatte, wurde weiterhin die Zusammenarbeit zwischen den Polizeien der Länder und mit dem BGS erprobt sowie mit der niederländischen Polizei, die mit den „Lagemeldungen“ des LKA NRW versorgt wurde. „Wir haben gewonnen“, kommentierte der NRW-Innenminister das Ergebnis. Na denn, vorwärts zu den Polizei-Europameisterschaften.

VERSTOSS. Die PDS-Bundestagsabgeordnete Jelpke weist darauf hin, dass die Vorschrift des seit 1.1. geltenden neuen Staatsbürgerschaftsrechts, wonach hier geborene Kinder ausländischer Staatsbürger nach Erreichen der Volljährigkeit ihre doppelte Staatsbürgerschaft wieder aufgeben müssen, gegen das „Europäische Übereinkommen über Staatsangehörigkeit“ von 1997 verstößt. Dieses schreibt vor, dass diesen Kindern bei der Geburt die doppelte Staatsangehörigkeit zugewilligt werden soll, und regelt zugleich verbindlich sämtliche Fälle, in denen eine bestehende Staatsbürgerschaft wieder entzogen werden kann. Die Forderung des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts, dass sich die Betroffenen mit Erreichen der Volljährigkeit für die deutsche Staatsbürgerschaft oder die ihrer Eltern entscheiden müssen, andernfalls sie die deutsche Staatsangehörigkeit automatisch verlieren, kommt darin jedoch nicht vor. Die PDS-Abgeordnete fordert, den Verstoß gegen das internationale Abkommen aufzuheben und das Staatsbürgerschaftsrecht entsprechend zu ändern.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Auf der 93. Sitzung des Bundestags am 16.3. stehen ein Änderungsantrag der Regierungskoalition zum Ausländergesetz sowie ein CDU/CSU-Antrag für ein „modernes europäisches Asyl- und Ausländerrecht“ auf der Tagesordnung, verschiedene Entschließungsanträge zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers zum Europäischen Rat im Dezember letzten Jahres sowie verschiedene Große Anfragen, darunter die der PDS „Zur Entwicklung und zur Situation in Ostdeutschland“.

Bündnis gegen Beseitigung von Leistungsansprüchen und Entrechtung der Armen!

Das Bundesarbeitsministerium arbeitet an einer grundlegenden Umstellung der Arbeitsmarktpolitik. Die Massenarbeitslosigkeit zurückzudrängen, das war zentrales Versprechen der rot-grünen Koalition. Die Kapitalistenverbände und ihre Institute geben eindeutige Vorgaben. Ursache der Arbeitslosigkeit sei die „Kostenkrise der deutschen Wirtschaft“, werde diese überwunden, reduziere sich die Arbeitslosigkeit. In ihrem Forderungskatalog spielt die „Anreizstruktur“ für Erwerbslose und Sozialhilfebezieher eine zentrale Rolle: Die Leistungen sollen weiter gekürzt, langfristig eher ganz beseitigt, das bisher schon bestehende Arbeitszwangssystem rigoros ausgebaut, bestehende Hemmnisse für die Etablierung eines großen Niedriglohnbereiches niederrissen werden. Hat Riester verstanden?

In welche Richtung geht Riester?

Zum 1.1.2000 ist bereits die sog. originäre Arbeitslosenhilfe „weggefallen“. Betroffen sind z.B. vormals beamtete Referendare, die im Anschluss an das 2. Staatsexamen arbeitslos werden und die bisher einen Anspruch auf ca. 1000 DM Arbeitslosenhilfe im Monat hatte oder auch Wehr- und Zivildienstleistende. Sie stehen vor der Alternative, schnell irgendwelche, meist dann schlecht bezahlte Jobs anzunehmen, Sozialhilfe zu beantragen oder die Unterhaltsverpflichtung der Eltern in Anspruch zu nehmen und damit in alte neue Abhängigkeit zu geraten.

Ende Januar berichtet der Spiegel von einem 6-Seiten-Papier des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Schwanhold, dessen Quintessenz lautet, dass die Arbeitslosenhilfe für Langzeitarbeitslose „deutlich“ zurückführt werden müsse, „um das Interesse an der Aufnahme einer Tätigkeit aufrecht zu erhalten“. Von Riester ist zu hören, dass die beabsichtigte „Reform“ darauf ziele, Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger unter Androhung härtester Sanktionen zur Arbeit zu zwingen. Im Februar meldet sich die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) zu Wort. Sie fordert einen grundlegenden Kurswechsel bei der „Arbeitsförderung“, nämlich ihre konsequente Ausrichtung statt an den Bedürfnissen der Arbeitsuchenden an den „Bedürfnissen der Unternehmen“. Schon zuvor hatte der Deutsche Industrie- und Handelstag in einer „Leitlinie für eine Reform der Arbeitsförderung“ gefordert: „Rückführung der Ausgaben für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ... der Anteil der Ausgaben für Eingliederungs- und Lohnkostenzu-

schüsse sowie Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen muss hingegen relativ zunehmen.

Arbeitsförderung durch Zwang

Die Polemik der Kapitalistenverbände gegen die bisherige „Arbeitsförderung“ ist maßlos übertrieben. Die staatliche Sozialpolitik hat nie verleugnen können, dass sie im Umkreis der Sozialistengesetze geboren und durch Repression geprägt ist. Seit je ist sie auf den Sumpf von Angst gebaut und voller Diskriminierungen – Angst soll dazu treiben, die Arbeitskraft gleich zu welchen Bedingungen zu verkaufen, und wer das nicht kann oder nicht will, ist von Ausgrenzung bedroht. In diesem Repressionssystem haben die erzwungenen Arbeitseinsätze einen zentralen Platz.

Die Kohl-Regierung hat, gerade in ihren letzten Jahren, den Zwang zur Arbeit systematisch ausgebaut. So haben die seit 1.4.97 geltenden Zumutbarkeitsbestimmungen (seit dem 1.1.98 im SGB II verankert) den bis dahin schon eingeschränkten, aber immer noch vorhandenen Berufs- und Statusschutz von Erwerbslosen endgültig aufgehoben. Schon nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit muss eine Tätigkeit akzeptiert werden, die in der Höhe der Arbeitslosenunterstützung entlohnt wird. Abschlüsse, Kenntnisse, Interessen spielen überhaupt keine Rolle und werden völlig entwertet; ein Ingenieur kann als Gartenhelfer vermittelt werden und hat keine Möglichkeit der Gegenwehr, solange sein

Lohn nicht unterhalb der vorher bezogenen Arbeitslosenunterstützung bleibt. Da seither auch Zeitverträge akzeptiert werden müssen, ist die neue Erwerbslosigkeit schon absehbar und die dann reduzierte, weil am Helferlohn ausgerichtete Arbeitslosenunterstützung auch. So führt der Zwang zur Arbeit bei den betreffenden Erwerbslosen oft in die Spirale der Verarmung.

Fest verankert ist der Arbeitszwang seit je im Bundessozialhilfegesetz, und zwar unter dem Titel „Hilfe zur Arbeit“ in Verbindung mit § 25, der den „Ausschluss des Anspruchs auf Hilfe und Einschränkung der Hilfe“ regelt, z.B. die Kürzung der Sozialhilfe um 25%, wenn „zumutbare Arbeit“ verweigert, und gänzliche Streichung, wenn der Betreffende sich nachhaltig „uneinsichtig“ zeigt. Die „Hilfe zur Arbeit“ besteht entweder in sog. gemeinnütziger Arbeit bei einer „Mehraufwandsentschädigung zur Sozialhilfe“ in Höhe von 1 bis 4 DM die Stunde oder in befristeter Beschäftigung mit arbeitsrechtlichem Schutz und Sozialversicherungsbeiträgen. Die Maßnahmen unter dieser Rubrik erfuhren in den ganzen 90er Jahren eine immense Steigerung, bundesweit allein zwischen 1993 und 1996 um 67%.

Die von der Bundesarbeitsgemeinschaft unabhängiger Erwerbsloseninitiativen (BAG-Erwerbslose) herausgegebene Zeitung „quer“ ist voll von Beispielen aus verschiedenen Kommunen, die die Wirkungen dieses staatlich durchgesetzten Arbeitszwangs zeigen:



- Lohndumping und die Vernichtung tariflich bezahlter Arbeitsplätze: So werden z.B. in Darmstadt Sozialhilfeempfänger bei 3 DM „Mehraufwandsentschädigung“ zu Arbeiten in Parkanlagen und Friedhöfen gezwungen; zur Zeit arbeiten in diesem Bereich 20 Sozialhilfebezieher, in den letzten drei Jahren wurden dafür zehn reguläre Stellen beim Gartenamt gestrichen (quer, Febr. 2000);

- Vernichtung sozialrechtlicher Ansprüche: In Köln bekommen im Rahmen des Projekts mit dem zynischen Namen „Jobbörse Junges Köln – Sprungbrett“ junge Menschen zwischen 18 und 25, die einen Erstantrag auf laufende Sozialhilfe zum Lebensunterhalt stellen, ein „Arbeitsangebot“. Das entpuppt sich als „Praktikantenvertrag“ mit bis zu 30 Wochenstunden bei einem Nettolohn von ca. 6,50 DM – ein „Sprungbrett“ in die Armut bei Arbeit. Gleichzeitig wird der Antrag auf Sozialhilfe erst gar nicht aufgenommen bzw. mit Verweis auf das „Arbeitsangebot“ abgelehnt. Allgemein wird geschätzt, dass ca. ein Viertel der Sozialhilfebezieher die erzwungenen Arbeiten ablehnt; so oder so „spart“ die Stadt Köln Sozialhilfeausgaben. Zielvorgabe der so betriebenen „Haushaltskonsolidierung durch Verbesserung der Sozialhilfe“ ist die Senkung der Sozialhilfekosten in Köln um 30 Mio. DM innerhalb von vier Jahren (ebenda).

- Subventionierung von Privatunternehmen: In Chemnitz z.B. erfolgen im Anschluss an die „gemeinnützige Arbeit“ (real gelingt der Anschluss allerdings bei weniger als 50%) Arbeitsverträge für ein Jahr, wobei die Lohnkosten vom Sozialamt (in Höhe der Sozialhilfe) dem Europäischen Sozialfonds und dem Betrieb erfolgen.

Nur eine Wirkung zeitigt der staatliche Arbeitszwang kaum: Er eröffnet den Betroffenen in der Regel nicht die Chance, eine Ausbildung oder Arbeit zu finden, die den Interessen entspricht und so bezahlt wird, dass sie ein selbstständiges Leben ermöglicht. Nein, in der Regel werden sie zwischen untertariflich bezahlten Arbeitsmaßnahmen, Arbeitslosenversicherung und Sozialamt hin- und her verschoben, verdächtigt, kontrolliert, ausgegrenzt, ohne Aussicht auf ein festes Arbeitsverhältnis und ein besseres Leben.

Ziel: Zurichtung für Billigjobs

Trotzdem sind die Kapitalistenverbände mit diesem System nicht zufrieden. Es hält zwar die Instrumente bereit, den Arbeitszwang, das Herausdrängen aus dem Leistungsbezug, den Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen, und diese werden auch in wachsendem Umfang angewandt, doch ihre Wirkung ist den Unternehmensverbänden zu wenig durchgreifend. In ihrem Bestreben, den Niedriglohnsektor auszuweiten, stören sie die, wie der DIHT in der schon zitierten „Leitlinie“ es ausdrückt, „oftmals sper-



Die Textilnäherei in Hamburg-Steilshoop entstand 1986. Arbeitslose frühere Sozialhilfebezieherinnen erhalten in diesem niedrigschwelligen Tariflohn und eine Ausbildung. Aber nur wenige konnten diese Ausbildung anschließend nutzen. Trotzdem: Solche Einrichtungen des 2. Arbeitsmarktes sind den Kapitalistenverbänden ein Dorn im Auge.

rigen Strukturen des Sozialstaats“. Die traditionelle sozialdemokratische Politik, einen zweiten Arbeitsmarkt zu fördern, der, wie schlecht auch immer, als Hemmnis für die bodenlose Lohnsenkung wirkt, ist ihnen ebenso ein Dorn im Auge wie die Sozialhilfe, die, wie es der Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hans-Werner Sinn, in einem Beitrag in der „Frankfurter Rundschau“ (29.1.00) formuliert, „wie eine absolute Lohnuntergrenze im Tarifsysteem“ wirke und „zu hohe Mindestlöhne“ impliziere. Seine Forderung ist der „aktivierende Sozialstaat“, soll heißen, dass der Staat Transferleistungen nicht an Menschen ohne Arbeit und Einkommen aus Arbeit zahlt, sondern „sein Geld vornehmlich zur Unterstützung derjenigen aufwendet, die eine niedrig bezahlte Arbeit annehmen“.

Die für die Betroffenen schwer erträgliche Situation, zwischen den verschiedenen Institutionen hin- und hergeschoben zu werden, will die deutsche Wirtschaft durch eine Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe „aufgelöst“ wissen. Was das bedeutet, wird in den „Leitlinien“ des DIHT kaum verhüllt so formuliert: „Verschiebeparkplatz vermeiden: Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe müssen in einer Transferleistung integriert werden. Das unverbundene Nebeneinander zweier bedürfnisorientierter Leistungen führt zu Abgrenzungsschwierigkeiten und ... zu Verschiebeparkplätzen zwischen Bund und Kommunen. Aus Sicht der Kommunen sind Projekte häufig schon dann erfolgreich, wenn sie die Sozialhilfelasten der kommunalen Haushalte reduzieren. Aus Sicht der Wirtschaft reicht das aber nicht aus. Entscheidend ist, dass die Arbeitslosigkeit insgesamt abgebaut wird, damit auch die gesamtwirtschaftlichen Ko-

sten der Arbeitslosigkeit sinken. Es kann daher nicht befriedigen, wenn über subventionierte Beschäftigungsverhältnisse lediglich ein neuer Leistungsanspruch an die Arbeitslosenversicherung erreicht wird.“

Es geht also um die Beseitigung von Leistungsansprüchen, um die Senkung, ja Beseitigung der untersten Schranken. Wer nicht arbeitet, dem soll nicht mehr ein bedrücktes und bedrückendes Leben in Sozialhilfeabhängigkeit drohen, sondern der nackte Hunger. So werde „Arbeitsmarktpolitik“, triumphiert der DIHT, ihre wesentlichste Aufgabe erfüllen, nämlich die „Vermittlung in Niedriglohnbereiche“. Bereits jetzt, so eine Untersuchung der Mannheimer Sozialpolitischen Offensive vom Sommer letzten Jahres, arbeitet ein Drittel der Armen an der Grenze oder sogar unterhalb des Sozialhilfeniveaus in Vollzeit. Setzen die Kapitalistenverbände ihre Forderungen an die „Reform“ der Arbeitsmarktpolitik auch nur ansatzweise durch, wird die Armut in Deutschland eine völlig neue Dimension bekommen, sowohl Armut bei Arbeit wie Armut ohne Arbeit.

Auf ein Zweites ist hinzuweisen. Der als „Hilfe“ deklarierte Arbeitszwang bedeutet bereits jetzt eine einschneidende Einschränkung sozialer und ziviler Grundrechte der Betroffenen. Mit der völligen Umstellung bisheriger Arbeitsmarktpolitik auf eine „Arbeitsförderung“ nach dem Geschmack der Kapitalisten droht eine Klasse von abhängigen, entrechteten Parias zu entstehen. Ein breites Bündnis von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Bürgerrechtsorganisationen und den Organisationen von Erwerbslosen und Sozialhilfebezieherinnen und der politischen Opposition ist zur Abwehr dieser Entwicklung ist nötig und möglich. sc

Rote Karte für Schröders „Green Card“

Am 23.2. hat Bundeskanzler Schröder zur Eröffnung der CeBIT eine Rede gehalten, die ursprünglich nur allgemeines Bla-Bla über das großartige Hannover mit der großartigen CeBIT und EXPO im großartigen Deutschland enthalten sollte. Buchstäblich in letzter Minute erhielt die Rede eine Ergänzung, die offensichtlich vorher nicht vorgesehen war. Wer – wie zunächst auch ich – versuchte, den vollständigen Text der Rede über eine Recherche im Internet mit dem Programm der Firma Netscape zu beschaffen, erhielt nur einen leeren Bildschirm mit unterlegtem Bundesadler (vgl. <http://www.bundeskanzler.de/03/31/>). Den vollständigen Text bekam ich nur, als ich das Produkt „Internet Explorer“ der Firma Microsoft verwendete, weil bei der Ergänzung in letzter Minute vom Bundeskanzleramt ein „</table>“ im HTML-Code (HTML = HyperTextMarkupLanguage: der Code, in dem Informationen im Internet weltweit normiert ausgedrückt werden) der Internet-Seite gegen die Norm vergessen wurde, was das Programm der Firma Microsoft toleriert, aber das Programm der Firma Netscape – etwas strenger – nicht toleriert. Im Zusatz der Rede heißt es:

„Gerade aufstrebende kleine und mittlere Unternehmen haben jedoch Schwierigkeiten, qualifizierte IT-Spezialisten (IT = Informations-Technologie d.V.) auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Es ist unbestritten, dass es einen erheblichen Mangel an IT-Spitzenkräften gibt. Er ist aber derzeit im Inland nicht zu beseitigen. (...) Deshalb ist es notwendig, kurzfristig ausländische IT-Spitzenfachkräfte, ich denke hier vor allem an Fachkräfte aus Indien und Osteuropa, nach Deutschland zu holen. Wir dürfen die derzeitige Aufbruchstimmung nicht verspielen. Wir müssen die Wachstumschancen nutzen. Wir werden deshalb in enger Abstimmung mit den in der „Initiative D21“ engagierten Unternehmen einschnelles Verfahren dafür verabreden.“

Genauer ist noch nicht bekannt. Die Neuerung, die Kanzler Schröder von der „Initiative D21“ – ein Konzernverbund unter Führung der der IBM Deutschland – wahrscheinlich am Vorabend in privatem Kreise nahegelegt wurde, sieht nach Presseberichten vor, dass in Abweichung von den geltenden Ausländergesetzen Menschen aus Nicht-EG-Staaten eine befristete Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung für sechs Jahre erteilt werden soll, wenn sie sich als „IT-Spitzenfachkräfte“ ausweisen können. Wenn sie sich als solche auf Dauer nicht ausweisen können, wird der Staat sie nach dem Ausländerrecht wieder ausweisen, wenn sie nicht freiwillig gehen.

Die Bayerische Staatsregierung hat umgehend schwere Kritik an den Plänen Schröders angemeldet. Innenminister

Beckstein nennt die Pläne von Schröder „unverantwortlich“ (SZ vom 26.2.2000), weil eine „Dauereinwanderung“ drohe. Eventuell wären ja für jeden IT-Spezialisten auch Familienangehörige zu befürchten ... Bei den IT-Konzernen dagegen nur Lob für Schröder. Bei diesen Konzernen gilt ja schon jahrelang der indische Subkontinent als Geheimtipp für preiswerte Programmierer. Inzwischen hat es aber augenscheinlich auch den dümmsten leitenden Angestellten in diesen Konzernen gedämmert, dass eine Datenverbindung über Satellit oder ISDN die menschliche Kommunikation und Kooperation im Arbeitsprozess nicht ersetzen kann. Deshalb sollen z.B. die Inderinnen und Inder jetzt nach Deutschland kommen, jedenfalls solange sie funktionieren und gebraucht werden.



Auch auf die indische Gesellschaft hat der Weltmarkt für IT-Kräfte Auswirkung

Wie so oft in heutigen Zeiten ergibt sich eine schwierige Situation in der öffentlichen Meinungsbildung: Wer den Plan Schröders angreift, findet sich mit den jeweils gewählten Argumenten – oft ungewollt und wegen fehlendem Nachdenkens – in einer Linie mit den menschenfeindlichen Äußerungen aus der CDU/CSU. So wenn etwa Gewerkschaftskreise fordern, dass vor einer Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte zunächst die Fort- und Weiterbildung der Deutschen gefördert werden müsse. In eine solch prekäre Situation kommt man, wenn man schon gedanklich Unterschiede zwischen den

Menschen macht – seien sie nun „jung dynamische“ Hochschulabsolventen, IT-Spezialisten mit Erfahrung, deutsch, aber etwas abgearbeitet, leicht veraltet und unflexibel oder gar Inder. Dabei ist es nach dem geltenden Grundgesetz der Bundesrepublik die wichtigste Aufgabe staatlichen Handelns, die unangetastete Würde des Menschen zu sichern.

Es ist unvorstellbar, wie es mit der Menschenwürde einer indischen Kollegin vereinbar sein könnte, dass ihre Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis an die Anstellung bei einem IT-Unternehmen gebunden ist. Genau dies aber sieht die Plan der Bundesregierung vor. Ausnahmen von dem geltenden Ausländerrecht sollen ja nur für „IT-Spitzenfachkräfte“ gelten. Das Bundeskanzleramt kann sicher nicht beurteilen, wer eine solche Qualifikation hat und wer nicht. Das werden die Unternehmen besorgen, die Arbeitskräfte suchen. Und sie wollen solche finden, deren temporäre Existenz als arbeitender Mensch in Deutschland unauflöslich mit dem Arbeitsverhältnis verbunden ist. Eine Auflösung des Arbeitsverhältnisses – durch den Arbeitgeber oder auf Wunsch des Beschäftigten – zieht den sofortigen Verlust der Aufenthaltsgenehmigung nach sich. Für die von den Konzernen ins Auge gefassten 30.000 Fachkräfte sollen jedenfalls bewährte Grundrechte wie Freizügigkeit, Leben in Gemeinschaften (z.B. Familie), Organisationsfreiheit, das Recht auf Kündigung nicht gelten.

Wir sehen heute die Auswirkungen einer solchen Politik an der Lage der hier lebenden Menschen ohne uneingeschränkte Bürgerrechte bereits in der dritten Generation. Und wir haben gesehen, wie eine massive konservative deutsche Bande jede wirkliche Reform in dieser Hinsicht verhindert hat.

Aus meiner Sicht gibt es keine Alternative zu uneingeschränkten und gleichen Rechten für alle Menschen, die in Deutschland leben. tob

Anforderungsprofil für „IT-Spitzenfachkräfte“

(gesucht Web Editor/in)

„... Sie können anspruchsvolle Themen für das Internet aufbereiten und ohne Abstriche an Genauigkeit zielgruppengerecht und interessant darstellen ... Sie sprechen und schreiben sehr gut Englisch. Sie sind zwischen 25 und 35 Jahre alt.“ (Inserat der Unternehmensberatung McKinsey)

(gesucht Systemorganisator/in bzw. Anwendungsentwickler/in)

„... Sie verstehen sich als Problemlöser, sind nicht älter als Mitte 30, unterstützen unsere Mitarbeiter zielorientiert und tragen somit zu unserem Geschäftserfolg bei. Sie sind zudem flexibel, belastbar und an einer interessanten

Tätigkeit in der Medienwelt interessiert? Dann erwartet Sie ein junges, dynamisches Umfeld mit netten Kollegen...“ (Inserat Fernsehsender RTL II)

(gesucht „IT-Berater/innen“)

„... Sie sind ein starker Kommunikator und spielen Ihre Qualitäten im Team am besten aus. Ihnen fällt es leicht, komplexe Sachverhalte schnell auf den Punkt zu bringen und souverän zu präsentieren. Ihr Englisch ist fließend in Wort und Schrift, idealerweise beherrschen Sie noch eine weitere Fremdsprache. Gut für uns und für Sie, wenn Sie bereits berufliche Auslandserfahrungen gesammelt haben. In jedem Fall sollten Sie im Rahmen Ihrer internationalen Aufgaben die Bereitschaft zu Reisen und ein multikulturelles Selbstverständnis mitbringen...“ (ALLIANZ-Versicherung) (FAZ vom 26.2.2000)

Die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

Norderstedt. 28.2.2000. Von den bürgerlichen Siegern und Verlierern der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein war in den Medien genug die Rede. Deshalb soll hier eine kurze Einschätzung der Wahl in ihrer Bedeutung für die PDS versucht werden.

Zunächst: Die PDS hat mit 1,4% und 20067 Zweitstimmen nicht die erhoffte Verdoppelung und die von manchen propagierte Verdreifachung ihres Stimmenanteils gegenüber der Bundestagswahl 1998 erreicht. Dies Ergebnis ist aber kein Grund für Verzagen und Selbstzweifel.

Zunächst zu den Wochen des Wahlkampfes. Der Wahlkampf ist geschlossen und mit großem Elan vom gesamten Landesverband geführt worden; die Unterstützung durch die Berliner Zentrale war sehr gut. An allen Orten, an denen die PDS politisch vertreten und aktiv ist, wurden sowohl eigenständige wie durch bekannte Vertreter der Bundespartei getragene Veranstaltungen durchgeführt. Immer waren diese Veranstaltungen im Gegensatz zu den vergangenen Jahren sehr gut besucht – und das, obwohl es anfangs praktisch unmöglich war, im Rahmen des „bürgerlichen Anstandes“ und einer halbwegs demokratischen Berichterstattung in die lokalen und überregionalen Medien auch nur eine Terminankündigung zu platzieren. Manchmal wurden nicht einmal bezahlte Anzeigen für eine Veranstaltung abgedruckt.

Dennoch kamen aber zum Beispiel zu einer Veranstaltung mit Gregor Gysi, Wiljo Heinen, Platz eins der Landesliste, und Edda Lechner, Direktkandidatin in Norderstedt, knapp 400 Leute in den Plenarsaal des Norderstedter Rathauses (Bild). An Infoständen, die regelmäßig seit November durchgeführt wurden, gab es erfreulichen Zuspruch: Die ewiggestrigen SED-Vorwürfe, von Ausnahmen abgesehen, spielten so gut wie keine Rolle mehr.

Dagegen wurde die PDS z.B. vom DGB, von Schulen, Friedensforen und Frauenzentren, dem „Offenen Kanal“ in Kiel eingeladen, an Podiumsdiskussionen teilzunehmen, wo als politische Kontrahenten Leute wie die Ministerin Moser und der SPD-Bundesgeschäftsführer Müntefering saßen; und: Die PDS kam zu Wort! Das Wahlprogramm zu den Landtagswahlen war auch konkret heruntergebrochen auf die aktuellen landespolitischen Fragen, so dass in den anstehen-

den Diskussionen alle WahlkampfaktivistInnen sich präzise einmischen konnten. Flächendeckend – eine ungeheure Leistung – konnte über das Land bis in die kleinsten Dörfer, u.a. mit Hilfe von GenossInnen aus anderen Landesverbänden, plakatiert werden. Dennoch: Es hat nicht gereicht. Der Einzug ins Parlament ist noch in weiter Ferne.

Bei näherem Hinsehen kann mensch aber schon einige wichtige erste Beobachtungen machen: Da, wo die PDS in den vergangenen Jahren politisch präsent gewesen ist, hat sie, trotz der geringeren Wahlbeteiligung als bei den Bundestagswahlen '98, ihren Wählerstamm halten und zum Teil wie in Kiel und Lübeck ausbauen können. Dagegen da, wo die PDS praktisch nicht vorhanden ist, hat sie verloren: so in Dithmarschen und an der Westküste.

Sicher nicht unerheblich für das Ergebnis war das von den Medien offiziell inszenierte Zittern um den Wiedereinzug



der GRÜNEN, das zu einem wählertaktischen Verhalten geführt hat.

Hinzu kam aber ein besonderer Schleswig-Holsteinischer Effekt: der SSW Süd-Schleswigsche Wählerverband). Das erst kürzlich geänderte Wahlgesetz erlaubte dieser Partei, die die dänische Minderheit im Lande vertritt und qua Verfassung von der 5% Klausel ausgeschlossen ist, zum ersten Mal landesweit zu kandidieren. Der SSW hat bislang durchaus fortschrittliche Haltungen zur Flüchtlings- und Kriegsfrage eingenommen. Beliebäugelt von den Medien als möglicher Juniorpartner und Steigbügelhalter für eine SPD-Regierung gegen die CDU/FDP-Konstellation, spielte er für manche Linke das offen diskutierte Hintertürchen, PDS guten Gewissens nicht wählen zu „müssen“. Als sei die Stimme für die PDS verloren, wenn diese die 5%-Hürde nicht nimmt und den Einzug in den Landtag verfehlt. Der SSW hat auch tatsächlich einen Sitz mehr errungen und ist jetzt mit drei Leuten im Parlament vertreten.

Fazit: Die PDS hat sich in diesem Wahlkampf öffentlich als hiesige linke Partei präsentieren können. Diese Chance muss sie ergreifen, um mit konkreter Politik sich für die Zukunft als die reale sozialistische Alternative darzustellen.

Karl-Helmut Lechner

Zur Zerschlagung kurdischer Strukturen entschlossen

Seit Tagen reißen Proteste und Demonstrationen in Diyarbakir und anderen größeren Städten in den kurdischen Provinzen der Türkei nicht ab, auch wenn türkische Sicherheitskräfte gewaltsam dagegen vorgehen. Gefordert wird die Freilassung der drei inhaftierten Hadep-Bürgermeister. Die Hadep hatte in den Kommunalwahlen teilweise weit über 50 Prozent der Stimmen in den kurdischen Gebieten erhalten und stellt in 38 Kommunen die Bürgermeister.

Die Bürgermeister von Diyarbakir, Siirt und Bingöl, Feridun Celik, Selim Özalp und Feyzullah Karaaslan, waren nach ihrer Rückkehr aus der BRD, wo sie in Hannover an einer internationalen kommunalpolitischen Tagung teilgenommen hatten, von Spezialeinheiten festgenommen worden. Ihre Amtsbüros wurden durchsucht. Während der ersten Verhöre bei der Polizei in Diyarbakir kamen ihre Anwälte tagelang nicht an sie heran. Dann entschied das Staatssicherheitsgericht Diyarbakir, dass gegen alle drei Anklage erhoben wird wegen Missbrauchs ihrer Ämter zur Unterstützung der PKK. Zumindest für Feyzullah Karaaslan weist ein ärztliches Gutachten Folterspuren nach. Die drei sitzen jetzt in Untersuchungshaft im Staatssicherheitsgefängnis von Diyarbakir.

Am gleichen Tag erfolgte die Verurteilung von 18 führenden Funktionären der Hadep durch das Staatssicherheitsgericht Ankara zu drei Jahren und neun Monaten Haft ebenfalls wegen angeblicher PKK-Kontakte. Unter den Verurteilten befinden sich der Parteivorsitzende Ahmet Turan Demir und sein Amtsvorgänger Murat Bozlak. Der Vorsitzende Richter in Ankara war der gleiche, der Abdullah Öcalan zum Tode verurteilte.

Es scheint, als soll jetzt das seit längerer Zeit schwebende Verbotsverfahren gegen die Hadep durchgezogen werden. Auf jeden Fall scheint klar, dass die Hardliner des Militärs nach der Einstellung des bewaffneten Widerstandes der PKK-Guerilla die errungenen Positionen der kurdischen Bewegung zerschlagen wollen.

Ecevit und Demirel hatten noch während der Verfahrens rund um eine Aufnahme in den EU-Anwärterkreis von der Einhaltung der Kopenhagener Kriterien über die kulturelle Eigenständigkeit von Minderheiten gesprochen. Die schwedische Außenministerin Lindh hatte direkt vor den Verhaftungen bei einem Treffen mit dem Bürgermeister von Diyarbakir noch Reformen in diesem Sinne von der türkischen Regierung verlangt. Seit dem Urteil von Ankara und der Anklageerhebung gegen die drei Bür-

germeister hat sich das Bild gewandelt.

Ein Sprecher der Armee schloss es aus, Fernsehsendungen in kurdischer Sprache zu gestatten. Nach Protesten der anderen 33 Hadeb-Bürgermeister forderte Ecevit diese in einem Interview mit der rechtsnationalistischen Tageszeitung „Aksam“ auf, sich um die Stadtverwaltung zu kümmern, anstatt sich in politische Angelegenheiten einzumischen. Ecevit machte kein Hehl aus seiner Ansicht, wonach er die Hadeb-Mitglieder als den verlängerten Arm der PKK betrachtete.

Jetzt steht nach dem Verbot der DEP, der Verhaftung der kurdischen Parlamentsabgeordneten 1994 und ihrer Verurteilung zu langjährigen Haftstrafen erneut die Beseitigung legaler demokratischer kurdischer Strukturen bevor. Schon damals hatten nach dem ersten Waffenstillstand der PKK verschiedene europäische Politiker gehofft, dass die Parlamentsabgeordneten – allen voran Leyla Zana und Hatip Dicle – zwischen türkischem Staat und kurdischer Bewegung vermitteln könnten. Das können sich nun die europäischen Politiker abschminken. Sollen ihre Proteste nicht wie im Falle der DEP-Abgeordneten, die seit sechs Jahren im Gefängnis sitzen, ungehört bleiben, müssten härtere Maßnahmen als laue Proteste her. Im Falle Österreichs wird sogar die Nato-Zusammenarbeit suspendiert. Wie wär's Herr Schröder, Herr Fischer. Oder doch lieber Panzer?

rub

nungsmacht so lange, bis sie losschlägt. Dann ziehen sich die bewaffneten Albaner über die Kabacnik-Gebirge nach Kosovo zurück, die Wucht von Polizei und Armee trifft unschuldige Bauern.“ Da dieses Gebiet zu der entmilitarisierten Zone gehört, dürfen hier nur leichtbewaffnete serbische Polizisten Dienst tun. Das durch die Gewaltaktionen der UCK provozierten Einrücken der serbischen Armee würde dann zwangsläufig eine Gegenreaktion der NATO-Truppen nach sich ziehen.

Das angedeutete Szenario ist inzwischen teilweise die Wirklichkeit umgesetzt. Wie die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug am Sonntag meldete, starben bei einem Überfall auf eine Polizeipatrouille im Grenzgebiet zum Kosovo ein serbischer Polizist und ein Kosovo-Albaner.

Die Polizeipatrouille wurde laut Tanjug am Samstag Abend von albanischen Terroristen aus dem Kosovo angegriffen. Sie hätten in der Nähe des Dorfes Konculj unweit der Stadt Bujanovac mit automatischen Waffen das Feuer auf die Polizisten eröffnet und Handgranaten geworfen. Drei weitere Polizisten seien verletzt worden. In Bujanovac war am Samstag nach Angaben von Tanjug in einem Heizkraftwerk ein Sprengsatz explodiert. Dabei seien mehr als 36 Tonnen Heizöl ausgelaufen. Die örtlichen Behörden machten laut Tanjug ebenfalls albanische Terroristen aus dem Kosovo für die Explosion verantwortlich. Die meisten der rund 100.000 Einwohner der Re-

marsch der jugoslawischen Armee. Damit verstoßen sie gegen die Vereinbarungen zwischen NATO und jugoslawischer Armee. Zusätzlich rufen die Albaner die NATO zu Hilfe, und der gewünschte Effekt ist da.

Noch ein weiterer Krisenherd wird unterdessen aufgemacht. Wegen der als brisant empfundenen Lage im südlichen Serbien hatte das angrenzende Mazedonien Anfang der Woche seine Truppen in Alarmbereitschaft versetzt. Die Spannungen wurden auch von der NATO auf Truppenbewegungen des Belgrader Innenministeriums im Südteil von Serbien zurück geführt, einem an den Kosovo angrenzenden, überwiegend von Albanischstämmigen bewohnten Gebiet. Die jugoslawische Regierung hatte aber bestritten, dass es dort eine Truppenkonzentration gibt. Hintergrund ist hier, dass der Führer der mazedonischen Albaner, Arben Xhferia, sozusagen die mazedonische Variante des Großalbanien-Befürworter Hashim Thaqi aus dem Kosovo, sich auf Reisen durch Albanien und Bulgarien bewegt. Auch er wird dort sicherlich für die Schaffung eines Großalbanien werben.

Diese Entwicklungen haben jetzt umgekehrt in der BR Jugoslawien zu einer Annäherung zwischen Regierung und Opposition geführt, die die Spaltungsversuche der NATO-Staaten in der BR Jugoslawien ein wenig konterkariert. Die demokratische Opposition Serbiens hat den internationalen Missionen im Kosovo vorgeworfen, sich bisher nur für die

Kosovo

Großalbanien-Befürworter planen weitere Eskalationen

Neben dem akuten Krisenherd Kosovo-Mitrovica haben die Albaner, die auf eine offene Abspaltung des Kosovo von der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) und die Schaffung eines Großalbanien hinarbeiten, eine neue Front aufgezogen. Kaum 30 km von Mitrovica entfernt befinden sich die drei serbischen Kreise Medvedja, Bujanovac und Presevo. In diese drei Kreisen bilden Albaner die Mehrheit. Auf den Karten der Anhänger Großalbanien sind neben einem Drittel Mazedoniens, einem Viertel Montenegros und dem nördlichen Epiros in Griechenland auch diese drei Kreise eingezeichnet. War schon bei der Gewalteskalation in Kosovo-Mitrovica klar, dass hier von langer Hand vorbereitet wurde, wird in den drei erwähnten Kreisen mit ähnlicher Brutalität vorgegangen, um das Ziel der Schaffung eines Großalbanien umzusetzen.

Vor einigen Tagen schrieb der Korrespondent des Neuen Deutschland: „Befürchtet wird folgendes Szenario: Die UCK provoziert die serbischen Ord-



Tausende versuchen den von Serben bewohnten Teil Mitrovicas zu stürmen und für ein „ethnisch reines“ Albanien zu erobern.

gion Bujanovac sind Albaner.

Noch hat sich aber die jugoslawische Armee nicht von den Aktionen der UCK provozieren lassen. Aber die Situation ist so aufgeheizt, dass dies nicht mehr lange auf sich warten lässt. Die UCK, die ja nun als „Kosovo Schutztruppe“ (KST) firmiert, hat dabei folgendes Kalkül. Die KFOR plant im März ein Manöver in dieser Region. Eine weitere gezielte Provokation der KST in den drei genannten Kreisen führt dann endgültig zum Ein-

Rechte der Albaner eingesetzt zu haben. In einem am Donnerstag in Belgrad veröffentlichten Brief an UNO-Missionschef Bernard Kouchner und KFOR-Kommandeur Klaus Reinhardt heißt es, nur unter Beteiligung der Serben werde es ein multi-ethnisches und demokratisches Kosovo geben. Gefordert wurde die strikte Umsetzung der UNO-Resolution im Kosovo, ein Stopp der ethnischen Säuberung und Rückkehr aller Vertriebenen und Flüchtlinge. hav

Arbeit vogelfrei?

Wenn einige aktuelle Initiativen zur Deregulierung des Arbeits- und Sozialrechts in Italien Erfolg hätten, würde kaum ein Stein auf dem anderen bleiben. Dabei setzen die Gegner kollektiver Schutznormen an verschiedenen Stellen an, aber sie stoßen auch auf Widerstand.

„Pakt für Arbeit“

Zu einem erklärten Etappenziel sind sie in Mailand gekommen, wo am 2. Februar nach einem halben Jahr Auseinandersetzungen der „Pakt für Arbeit“ unterzeichnet wurde. Neben dem konservativen OB Albertini und dem Unternehmerverband Assolombarda haben auch die beiden Gewerkschaftsbünde CISL (zu Zeiten der Democrazia cristiana an dieser orientiert) und UIL unterschrieben. Die Begründung der CISL lautet etwa: Auf die Forderungen der Gegenseite muss man sich ein Stück weit einlassen, um Schlimmeres zu verhindern. Die Abmachung kritisiert und nicht unterschrieben hat die CGIL. Auf ihre Versuche, durch eigene alternative Formulierungen die Spaltung zwischen den Gewerkschaftsbünden zu vermeiden, gingen die anderen nicht ein.

Damit besteht eine Rahmenvereinbarung, mit der private und öffentliche Arbeitgeber zu untertariflichen Sonderbedingungen einstellen können, vor allem frei befristbar und damit ohne Kündigungsschutz. Die Lohnkonditionen, nach Albertinis Vorstellungen nur ein Bruchteil der heutigen Tariflöhne, sind noch unklar. Ausdrückliche Adressaten dieser diskriminierenden Regelungen sind die (vor allem afrikanischen) Zuwanderer, Langzeitarbeitslose und Jugendliche mit Einstiegsproblemen. Weil die Diskriminierung vor allem entlang von Staatsbürgerschaft und Hautfarbe laufen soll, kritisiert die CGIL die Regelungen als rassistisch.

Hinter den unmittelbar Betroffenen wird aber auch Druck auf die verschiedenen Branchentarifverträge ausgeübt. In welchem Umfang die Möglichkeiten des Pakts harte Realität werden, ist noch nicht klar und hängt auch vom Gang der weiteren Auseinandersetzung ab. Die CGIL will verhindern, dass von Mailand aus alle Dämme brechen. Einzelgewerkschaften wie die in der Chemieindustrie verlangen die Nichtanwendung des Pakts. Um weiter Flagge zu zeigen, hat die CGIL am 10. Februar in Mailand mit allen ihren Branchenvorsitzenden eine gut besuchte Kundgebung gegen den Pakt durchgeführt.

Referendumskampagne: Deregulierungsorgie!

An einer anderen Front, gegenüber einer Reihe antisozialer Referenden, hat das gemeinsame Vorgehen der Gewerkschaften bislang gehalten, obwohl einige Referenden ähnliche Ziele verfolgen. 20 Referenden haben in den vergangenen Monaten der Vorsitzende der Radikalen Partei, Pannella, und die frühere EU-Kommissarin Bonino betrieben, zu den Themenbereichen Wahlrecht zur Abgeordnetenversammlung, öffentliche Finanzierung von Parteien und Gewerkschaftseinrichtungen, Arbeitsrecht, Gesundheits- und Sozialversicherungswesen sowie Justiz. Hinzu kam ein Referendum der Lega Nord.

Referenden müssen sich in Italien auf die Abschaffung geltender Gesetze beziehen. Was da besonders im arbeits- und sozialrechtlichen Bereich angestreut wurde und wird, haben viele als Attentate auf die Arbeits- und Sozialordnung empfunden. Hier wurden sogar Verfassungsgrundsätze derart massiv attackiert, dass das Verfassungsgericht 13 Referenden sowie das rassistisch geprägte Referendum der Lega Nord bezüglich Einwanderern nicht zuließ. Damit sind eine Reihe gravierender Vorhaben gekippt worden, darunter die unbeschränkte Zulassung von befristeten Arbeitsverhältnissen, Teilzeit und Heimarbeit; die Aufhebung von obligatorischer Krankenversicherung, obligatorischer Unfallversicherung sowie öffentlicher Arbeitsvermittlung zugunsten der Möglichkeit privater Lösungen.

Aber auch nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts bleiben einschneidende Vorhaben auf der Tagesordnung. Beim Arbeits- und Sozialrecht zwei: Ein Referendum bezweckt die Abschaffung des Art. 18 des Arbeiterstatuts von 1970, das damals Folge und Errungenschaft des „Heißen Herbstes“ von 1969 war. Hier wollen die Radikalen (unterstützt vom Industriellenverband Confindustria) die Pflicht zur Wiedereinstellung nach ungerechtfertigter Kündigung zu Fall bringen. Stattdessen soll nur noch eine finanzielle Entschädigung des Betroffenen erfolgen. Eine Rückkehr an den Arbeitsplatz soll demnach selbst dann ausgeschlossen werden, wenn ein Arbeitsrichter die Unrechtmäßigkeit einer Kündigung feststellt. Das heißt, jeder Arbeitgeber könnte sich von jeder unerwünschten Person ohne Möglichkeit der rechtlichen Gegenwehr trennen, allein um den Preis einer finanziellen Abfindung; wobei keineswegs etwa abschreckende Beträge vorgesehen sind.

Die Auswirkungen auf die gewerkschaftliche Organisation und überhaupt Interessenvertretung wären enorm. In den Augen der Linken und der Gewerkschaften stünden damit die Errungenschaften aus Jahrzehnten Arbeiterbewegung in Frage. Aber auch weitere gesellschaftliche Kreise empfinden eine solche Lizenz zum Kündigen als An-

griff auf die Rechte der Person. Aktuelle Umfragen nennen eine Mehrheit von 60% gegen diesen Plan der Radikalen.

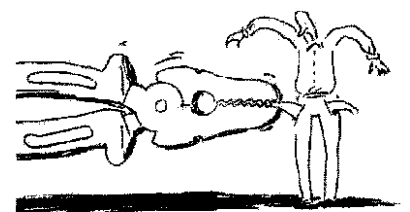
Das zweite zugelassene Referendum im Bereich Arbeits- und Sozialrecht hätte wohl – im Falle eines Erfolgs – zunächst weniger praktische als symbolische Wirkungen. Es geht um die Einbehaltung der Gewerkschaftsbeiträge „an der Quelle“ und im Zusammenhang mit Sozialversicherungsabzügen. Hier haben die Radikalen schlampig redigiert und sich anscheinend auf ein falsches Gesetz bezogen, so dass sich nach allgemeiner Einschätzung praktisch nicht viel ändern würde. Aber es ließe sich doch mit einem entsprechenden Ergebnis den Gewerkschaften bzw. dem Koalitionsgedanken ein Hieb versetzen.

Komitees für das Nein

Gegen die Referenden, besonders die arbeits- und sozialrechtlichen, haben sich landesweit, regional und auch betrieblich Komitees gebildet, in denen Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Kräfte mitarbeiten. Die Komitees informieren auf Versammlungen, sammeln Unterschriften gegen die Vorhaben und organisieren Aktionen. Tausende haben schon im Januar, vor allem in Piemont, aus Protest die Arbeit niedergelegt, mit Schwerpunkt in der Metallindustrie. Als der Vorsitzende des Metallindustriellenverbands, Pininfarina, die Zulassung des Kündigungsreferendums feierte („Von den Sozial-Referenden wurde das bedeutungsvollste zugelassen“) legten die Beschäftigten von Pininfarina in Grugliasco eine Stunde die Arbeit nieder und zogen im Protest durch das Werk.

Es ist damit zu rechnen, dass verschiedene politische Kräfte versuchen werden, den Referenden mit Gesetzesänderungen zuvorzukommen (ändert sich das Gesetz, auf das sich ein Referendum bezieht, würde das Referendum hinfällig). Schon liegen verschiedene Gesetzesentwürfe vor, die den Schutz vor ungerechtfertigten Kündigungen lockern wollen und die Zustimmung des Industriellenverbands Confindustria finden. Auch so könnte das Anliegen dieses Referendums gefördert werden – ohne das Risiko dessen Scheiterns.

Nicht nur in Italien, auch international dürfte das Kapital mit Interesse verfolgen, wie diese Auseinandersetzung um das Kündigungsrecht ausgeht. Um so mehr verdient der Widerstand gegen das Vorhaben Beachtung und Unterstützung. rok





Am 24.2. wurde im Staatsgefängnis von Huntsville die 62-jährige Betty Lou Beets mit einer Giftinjektion hingerichtet. Der texanische Gouverneur und republikanische Präsidentschaftskandidat Bush verantwortlich damit 120 Hinrichtungen. Gegner der Todesstrafe haben sich nun zu einer Kampagne zusammengefunden, die Bush auf allen seinen Wahlkampfveranstaltungen mit der Forderung nach Abschaffung der Todesstrafe konfrontieren will. Derweil bröckelt die Front der Todesstrafenbefürworter. Nachdem Studenten durch Untersuchung von Urteilen in Illinois u.a. herausfanden, dass 14 Menschen unschuldig zum Tode wurden, beschloss der Gouverneur des Bundesstaates, ein Republikaner, die Vollstreckung der Todesstrafe an den insgesamt 150 Menschen in den Todeszellen von Illinois auszusetzen. Der Stadtrat von Philadelphia, der Hauptstadt von Pennsylvania, verabschiedete Anfang Februar eine Resolution, mit der er ein Todesstrafen-Moratorium befürwortete. Allein in Philadelphia sitzen 126 zum Tode Verurteilte in den Todestrakten. Seit dem 22.2. führt der Justizausschuss des Senats von Pennsylvania eine Anhörung über ein Moratoriums-Gesetz durch – deshalb ist die Resolution aus Philadelphia sehr wichtig. Ähnliche Gesetze sind in Oklahoma, Washington, New Jersey, Maryland und Alabama in der parlamentarischen Beratung.

Kuba: Regierung weist Spionagevorwurf zurück – USA wiesen kubanischen Funktionär aus

(pl-Poonal). Die kubanische Regierung hat erneut abgestritten, dass ein Funktionär der US-amerikanischen Migrationsbehörde für sie spionierte und mit der kubanischen Interessenvertretung in den USA zusammengearbeitet habe. „Niemand seit der Gründung der Interessenvertretung unter der Regierung von James Carter hat diese Mission irgendeine Geheimdiensttätigkeit durchgeführt“, so „Granma“. Die betreffenden Behörden hätten von Anfang an kategorische Befehle bekommen, ihre Arbeit „nicht auf diesem Weg“ vorzunehmen. Die USA bestehen unterdessen auf der Ausweisung des kubanischen Vizekonsuls José Impe-

ratori. Falls dessen Regierung ihn nicht zurückziehe, werde er alle „Immunitäten und Privilegien“ verlieren. Unterdessen kündigte Imperatori an, er werde sich den Vorwürfen in den USA stellen und bis zu seiner Rehabilitierung in einen Hungerstreik treten. Kurze Zeit später erklärte das US-Außenministerium, der zur unerwünschten Person erklärte kubanische Funktionär sei über Kanada nach Havanna abgeschoben worden.

Lateinamerikas Linke sucht neue Wege

In Managua trafen sich Vertreter von Linksparteien aus aller Welt zum Sao-Paulo-Forum. Das Treffen stand unter der Losung „Für eine neue Linke in Lateinamerika – Der Kampf geht weiter“. Eine Mehrheit der sozialistischen, kommunistischen und linksrevolutionären Parteien und Bewegungen, die dort zusammenarbeiten, will ihrer Kooperation eine neue Aktualität geben. Vor zehn Jahren als Diskussionsrunde gegründet, die nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus neue Ansätze suchte, ist das Sao-Paulo-Forum inzwischen zu einem wichtigen repräsentativen Gremium in Südamerika geworden. Längst strahlt es auch auf andere Regionen aus, was nicht zuletzt die stärkere Teilnahme europäischer Linksparteien wie der KP Frankreichs, der Vereinigten Linken aus Spanien, der schwedischen Linkspartei oder der PDS zeigte. – Bei aller Gemeinsamkeit wurde engagiert gestritten. Etwa darüber, ob das Forum Diskussionsklub bleiben solle oder ob man zu einer Art Exekutivkomitee kommt, dem auch bestimmte Rechte übertragen werden. Ein anderer Debattenpunkt war, wie sich das Verhältnis zwischen Parteien und sozialen Bewegungen gestalten soll. Unterschiedliche Positionen gibt es zur Frage, ob die Linke heute allein in der Lage sei, parlamentarische Mehrheiten zu erobern. Nicht alle Parteien können sich mit dem Konzept der Mitte-Links-Bündnisse anfreunden, zumal dieser Prozess auch mit erheblichen Rückschlägen verbunden ist. In Nicaragua wurde jetzt vereinbart, im Herbst dieses Jahres unter der Ägide der linken Fraktion im Europaparlament ein Treffen lateinamerikanischer und europäischer Formationen in Brüssel durchzuführen.

USA: Zwangsarbeiter klagen gegen japanische Firmen

Ehemalige Sklavenarbeiter haben im kalifornischen Santa Anna japanische Großkonzerne auf Entschädigung verklagt. Nach Rundfunkberichten werden in der Sammelklage Firmen wie Mitsubishi International und Mitsui & Co beschuldigt, während des Zweiten Weltkrieges Hunderttausende Chinesen, Vietnamesen und US-amerikanische Kriegsgefangene brutal ausgebeutet und zu gefährlichen Arbeiten gezwungen zu haben. Japanische Unternehmen müssten wie

deutsche Firmen die Verantwortung für ihre Gräueltaten übernehmen. In der Klage werden Entschädigungen in Höhe von mehreren Milliarden Dollar verlangt. Nach den Gesetzen in Kalifornien können Zwangs- und Sklavenarbeiter des Zweiten Weltkrieges bis zum Jahre 2010 Zivilklagen einreichen. Die Lebensgeschichten der Zwangsarbeiter seien voll von »unermesslichem Grauen«, sagte der jetzt in Kalifornien lebende Kläger Shang-Ting Sung. (Quelle: EPD)

FBI mit eigenem Büro in Budapest

Die US-Bundespolizei FBI plant, im März in der ungarischen Hauptstadt ein eigenes Büro zu eröffnen. Damit wird das FBI erstmals im Ausland offiziell mit einer Niederlassung vertreten sein. Nach Meldungen amerikanischer Medien werden die FBI-Agenten in Budapest erstmals als vollwertige Ermittler auftreten, Waffen tragen und gemeinsam mit ungarischen Polizisten Verhaftungen vornehmen. „Beispiellos“, nannte Thomas Fuentes, der Chef der FBI-Abteilung für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens laut New York Times die Kompetenzen, die den Agenten eingeräumt werden sollen. Die ungarische Regierung hatte um die Unterstützung gebeten. Sollte sich das ungarische Modell „bewähren“, so könnte es in anderen Ländern – etwa in den baltischen Staaten, Nigeria und Südafrika – Nachahmer finden. (Quelle: Financial Times)

Krise in Kroatien

Schon kurz nach seinem Wahlsieg erklärte der neue kroatische Präsident Mesic, die ökonomische Lage Kroatiens sei noch viel schlechter als befürchtet. Ministerpräsident Racan wurde bei seinen Besuchen in Brüssel und Berlin Mitte dieses Monats noch deutlicher. Nach seinen Worten steht das Land kurz vor einem ökonomischen Kollaps. Das Programm seiner Regierung, in dem die Forderungen der USA und der EU hinsichtlich der Demokratisierung Kroatiens und der Durchführung von Wirtschaftsreformen weitgehend berücksichtigt seien, lasse sich nur realisieren, wenn ausländische Finanzhilfe ausreichend. Die katastrophale wirtschaftliche Situation hat auch eine schwere soziale Krise zur Folge. So ist die Zahl der Arbeitslosen von 251 000 1993 auf 336 000 1999 gestiegen. Die Arbeitslosenrate liegt bei 20,4 %. Hinzu kommen noch 165 000 Beschäftigte, die seit mehr als sechs Monaten keinen Lohn erhalten haben. Inzwischen übersteigt die Zahl der Rentempfänger (935 500) die der im zivilen Sektor Beschäftigten. Nach Angaben der Gewerkschaften erreichen bei einem Durchschnittseinkommen von 3041 Kuna (gut 700 Mark) fast 60 % der Beschäftigten nicht das Existenzminimum von 4464,74 Kuna für eine vierköpfige Familie. Zusammenstellung: hav

KÖLN. Gerade begann sich der Protest gegen die Streichung des Köln-Passes zu formieren, da reagiert die neue Ratsmehrheit aus CDU, FDP und OB Blum auch schon: mit einer Vorverlegung der Entscheidung auf die Ratssitzung am 29. Februar. Die Initiativen, sozialen Einrichtungen und Parteien, die sich für den Erhalt des Köln-Passes einsetzen, handelten prompt: Auch sie verlegten die zunächst für März geplante Kundgebung auf den 29. Februar parallel zur Ratssitzung. Am Samstag vorher fand dazu eine Aktion in der Stadt statt (siehe Bild) und überall werden Unterschriften gesammelt. Von einer Streichung des Passes wären 150000 Menschen betroffen, die ein niedriges Einkommen oder Sozialhilfe beziehen. Sollte der Rat sich mehrheitlich für einen solchen Eingriff aussprechen, bliebe noch die Möglichkeit, ein Bürgerbegehren einzuleiten. – *Lokalberichte Köln*



Frauen ans Gewehr: Wir sagen nein! Unterschriftensammlung der DFG-VK

MÜNSTER. Beim Frauentag am 8. März wenden sich viele Veranstaltungen auch gegen den Versuch, den Militärdienst für Frauen als Gleichberechtigung zu verkaufen. Verschiedene Gruppen sammeln dagegen Unterschriften. Der Unterschriftentext, der über die Deutsche Friedensgesellschaft DFG-VK verbreitet wird, enthält die folgenden Forderungen: „Wir lehnen diese zutiefst friedensgefährdende Machtpolitik ab. Emanzipation und Gleichberechtigung brauchen kein Militär! Wir wenden uns gegen eine Änderung des Grundgesetzes, die Frauen zum ‚Dienst an der Waffe‘ bringen soll! Stattdessen fordern wir • die tatsächliche Gleichstellung in Familie, Beruf und ziviler Gesellschaft • kontrollierte Abrüstung und Umwandlung von Rüstungsproduktion in zivile Produktion • Verbot aller Rüstungsexporte • Friedenserziehung an Schulen und Universitäten • Friedens- und Konversionsforschung an Hochschulen mit paritätisch besetzten Lehrstühlen • Keinen Dienst an der Waffe – weder für Frauen noch für Männer!“ *www.dfg-vk.de/aktionen*

18. März – 2. Hearing des Tribunals zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien

BERLIN/HAMBURG. Seit dem ersten öffentlichen Hearing des Tribunals über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien Ende Oktober in der Heiligen-Kreuz-Kirche in Berlin haben ähnliche Veranstaltungen in Rom, Paris, Brüssel und Wien stattgefunden. Anfang Februar ist auch das Buch „Die Wahrheit über den NATO-Krieg in Jugoslawien“ erschienen, das im wesentlichen die Redebeiträge auf dem ersten Hearing wiedergibt. Vorgesehen ist jetzt für den 18. März in Hamburg oder Berlin ein zweites Hearing, auf dem vor allem die Verantwortung der deutschen Regierungsvertreter und der NATO-Repräsentanten für den Krieg und die begangenen Kriegsverbrechen untersucht werden soll. Anfang Juni soll dann parallel mit dem US-amerikanischen Tri-

bunal das europäische Tribunal stattfinden. Gegenstand der Anklage sind alle Bereiche der Kriegführung und ihre Folgen. – Am 24. März, dem ersten Jahrestag des Kriegsbeginns durch die NATO, sind Gedenk- und Informationsveranstaltungen in vielen Orten vorgesehen. Auch bei den Ostermärschen wird der NATO-Krieg, seine Folgen und die neue deutsche Politik der militärischen Intervention Gegenstand der Proteste sein.

www.ivvdn.de/antifa/0003

Menschenunwürdige Polizeirazzien gegen ausländische Prostituierte

FRANKFURT. Doña Carmen e.V. – Verein für soziale und politische Rechte von Prostituierten protestiert gegen die jüngste Razzia im Bordell Elbestraße, bei der 35 bis 40 Frauen, die ausländisch aussahen, verhaftet wurden: „Razzien werden die Prostitution ausländischer Frauen nicht beseitigen, sondern sie nur noch weiter in die Illegalität, nämlich aus der Bordellprostitution in die Wohnungsprostitution treiben. Für Gesundheitsaufklärung und soziale Betreuung werden diese Frauen dann immer weniger erreichbar sein.“ Unter den in der Bordellprostitution arbeitenden Frauen organisiert Doña Carmen eine Unterschriftenaktion: „Sofortige Freilassung aller inhaftierten Frauen! Stopp der Abschiebung ausländischer Prostituierten! Rücknahme sämtlicher Ausweisungsverfügungen aufgrund der Arbeit in der Prostitution! Schluss mit den Razzien gegen die Frauen! Entkriminalisierung der Prostitutionsmigration!“ *fi*

Protestaktion gegen das geplante neue Hochschulgesetz in NRW

ESSEN. Unter einem Offenen Brief sammelt der AStA der Uni GHS Essen derzeit Unterschriften, mit denen die Landtagsabgeordneten aufgefordert werden, im kommenden Monat gegen den Entwurf für ein neues NRW-Hochschulgesetz zu stimmen. „Dieses Gesetz wird dazu führen, die Hochschulen massiv zu entdemokratisieren. Die begrenzte Parti-

zipation, die bisher die Gruppenuniversität den Studierenden garantierte, wird faktisch abgeschafft und durch ein autoritäres System des einsam entscheidenden Rektorates ersetzt. Dies ist nicht nur ein Problem für Studierende, weil in Zukunft auch gegen ihr ausdrückliches Votum zum Beispiel der/die RektorIn gewählt, Fachbereiche geschlossen und ProfessorInnen berufen werden können. Vielmehr läuft die Entdemokratisierung auch dem Bemühen um die Beseitigung von Verkürzungen an der Hochschule entgegen.“ *Lokalberichte Essen*

Bündnis gegen Rechts demonstriert gegen Provokation von Rechts

BERLIN. Rechtsradikale beabsichtigten am Sonnabend in Berlin den 70. Todestag des SA-Sturmführer Horst Wessel zum Anlass für eine rechte Provokation zu nutzen. Die Veranstaltung war vom Verwaltungsgericht untersagt worden, da ein bekannter Rechtsextremist der Anmelder war. Die Rechten wollten mit 500 Teilnehmern im Zentrum Berlins aufmarschieren und auf dem Friedhof am Grab Wessels Kränze niederlegen. Mit Trauerflor, Landsknechtsttrommeln und schwarz-weiß-roten Fahnen sollte der SA-Mann geehrt werden. Gegen das Verbot waren Anwälte der Rechten vorgegangen, was aber vom Oberverwaltungsgericht mit der Begründung abgelehnt wurde, dass mit der Art der Ehrung „der Eindruck erweckt werde, die SA sei wiederbelebt und wieder auferstanden.“ Nicht auszuschließen wäre, dass das Horst-Wessel-Lied gesungen würde und straffällige Anhänger rechter Kameradschaften erwartet wurden, was zu weiteren Straftaten führen könnte. Eine Hul-



digung Wessels käme einer Verherrlichung rechter Gesinnung und der nationalsozialistischen Diktatur gleich.

PDS- und Grünen-Vertreter zeigten sich überrascht, dass das Gericht mit einer so ausführlichen Begründung des Urteils hervorgetreten war. Der PDS-Abgeordnete Steffen Zillich führte das auf die zunehmend stärker werdende öffentliche Diskussion und den daraus auf die Gerichte und den Innensenat resultierenden Druck zurück. Der PDS-Abgeordnete Freke Over äußerte sich skeptisch und hielt an der Absicht fest, mit dem Bündnis gegen Rechts sich in der Öffentlichkeit zu zeigen, um den Platz links zu besetzen.

Mit einer vorsorglichen Besetzung von ca. 100 vorwiegend jüngeren Teilnehmern wurde auf dem Platz der Vereinten Nationen in Berlin eine Kundgebung gegen die geplante rechte Provokation durchgeführt. Während der Kundgebung wurden weitere Aktionen gegen Rechts bekannt gegeben. Dazu gehört eine Aktivität des demokratischen Aktionsbündnisses gegen die von Rechts geplante Veranstaltung anlässlich des Jahrestages des Anschlusses Österreichs am 12. März an das faschistische Deutschland. Von den Teilnehmern der Kundgebung wurde die unmissverständliche Forderung ausgesprochen, dass die PDS ihren Beitrag leisten muss, den Protest gegen alte und neue Nazis energischer zusammenzuführen. *abe*

Initiative „Europa ohne Rassismus“ in Berlin gegründet

BERLIN. Eine „Berliner Initiative: Europa gegen Rassismus“ will am 12. März am Brandenburger Tor in Berlin ein deutliches Zeichen gegen Rechts setzen. Die Initiative ist eine Gemeinschaftsaktion der Fraktionsvorsitzenden der PDS, Harald Wolf, und der Grünen, Renate Künast, dem SPD-Landesgeschäftsführer Ralf Wieland, dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Andreas Nachama, und des DGB-Landesvorsitzenden Scholz. Der Pariser Platz dürfe nicht zum Aufmarschgebiet von Rechtsradikalen und Neonazis werden. Nicht nur Erklärungen und Gegendemonstrationen seien geeignet, gegen das Anwachsen rechtsextremer Provokationen vorzugehen. Ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Rechts sei erforderlich, erklärten die PDS-Abgeordneten Zillich und Seelig. Gespenstische Aufmärsche rechter an geschichtsträchtigen Orten nannten sie unerträglich. Das Verbot solcher rechter Manifestationen sei erforderlich und richtig. Allerdings dürfe das nicht halbherzig geschehen wie aus Anlass des Aufmarsches rechter Kräfte Ende Januar am Brandenburger Tor. Die PDS wendet sich gegen die Absicht des Innensenate, rechte Aufmärsche zum Anlass für die Einschränkung des im Grundgesetz verankerten Versammlungs- und Demonstrationsrechtes zu nehmen. Anders sei es

mit den Provokationen rechter Kräfte, die gegen Recht und Gesetz verstoßen. Die PDS wende sich strikt gegen die Absicht des Innensenate, eine Debatte um das Demonstrationsrecht zu führen.

Die PDS fordert eine strikte Handhabung des Gesetzes gegen rechte Kräfte. Es werden Ergebnisse der Ermittlungen gegen festgesetzte Gesetzesverletzer erwartet. Wo bleiben die Ergebnisse polizeilicher Ermittlungen gegen das Tragen verbotener Flaggen, gegen das Kritzeln rechter Parolen, wo sind die Videoaufnahmen von der Demo der Rechten am Brandenburger Tor? Linke Demos werden regelmäßig und systematische gefilmt. Die „Berliner Initiative“ will – auch angesichts der Entwicklung in Österreich – ernst machen mit dem Kampf gegen Rechts. Die Rechten werden zunehmend aktiver. Einer weiteren Eskalation muss von allen gesellschaftlichen Kräften ein Riegel vorgeschoben werden. *abe*

Schönbohm (CDU) sprengt Bündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

POTSDAM. Mittlerweile wird deutlich, was Innenminister Brandenburgs (CDU), Jörg Schönbohm, beabsichtigte, als er im Koalitionsvertrag mit der SPD durchsetzte, den Kampf gegen den „politischen Extremismus“ schlechthin zu führen. In der Kriminalstatistik 1999 wird aufgelistet, dass Straftaten mit linksextremen Hintergrund nach Rechnung des Innenministeriums sich von 23 auf 46 verdoppelt hätten. Betrachtet man allerdings Straftaten rechter Prägung, liegen die in Brandenburg – zwar etwas reduziert (von 184 im Jahre 1998 auf 145 1999) – nach wie vor unverhältnismäßig hoch. So kommt der Bericht nicht umhin festzustellen, dass Brandenburg einen Platz „im vorderen Bereich“ einnehme. Schönbohm allerdings fokussiert „Links“ und bezeichnet diese Tendenz als wesentlich gefährlicher.

Der Feststellung folgten Taten. Der Innenstaatssekretär Eike Lancelle setzte auf einer jüngsten Tagung des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit einen Beschluss über die neue Ausrichtung durch. Danach soll das Bündnis künftig verstärkt gegen den Linksextremismus vorgehen, was von den Mitgliedern des Vorstandes mehrheitlich gebilligt wurde.

Dem Bündnis, das seit 1997 existiert, gehören über 30 Verbände, Gewerkschaften, Kommunen und Kirchenvertreter an. Streit um Inhalt und Vorgehensweise des Bündnisses gab es schon im vergangenen Sommer. Auslöser vor der Landtagswahl 1999 war die Absicht einiger Mitglieder des Bündnisses, in einem Brief an die Bürger des Landes dazu aufzurufen, der rechtsextremen DVU auf keinen Fall ihre Stimme zu geben. Innen- und Bildungsministerium, die ebenfalls Mitglieder sind, verhinderten diese Initiative.

Der nun gefasste Beschluss führt zur

Vertiefung der Auseinandersetzung. Einige Mitglieder des Bündnisses sehen den Grundkonsens gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit aufgekündigt und drohen mit ihrem Austritt, wenn die neue Ausrichtung aufrecht erhalten wird. Sowohl der DGB als auch der Sportbund erwägen diesen Schritt. Auch andere Verbände wie der Landesflüchtlingsrat und die Evangelische Jugend in Berlin/Brandenburg überlegen die Zweckmäßigkeit ihrer weiteren Teilnahme im Bündnis. Sie betrachten den Beschluss als nicht akzeptabel, da er die Situation im Land Brandenburg verwässert und von den tatsächlichen Problemen der Zunahme rechtsextremistischer Tendenzen ablenkt. Der DGB-Landesvorsitzende Scholz erklärte, dass damit suggeriert werde, dass Rechts- und Linksextremismus gleichgewichtige Erscheinungen sind, was der realen Lage widerspreche und nur „ein Feigenblatt für eine verfehlte Innenpolitik“ sei.

Der PDS-Abgeordnete Michael Schumann forderte indessen Regierungschef Stolpe auf, sich mit einem klaren Wort zur weiteren Ausrichtung des Bündnisses als Zusammenschluß gegen Rechts zu äußern. *abe*



Zwei verschiedene Aktionen gegen die Schulpolitik in Bayern

MÜNCHEN. „Feuer und Flamme gegen Zensuren“ lautete das Transparent, das während einer symbolischen Zeugnisverbrennung der SchülerInnen-Initiative München (SIM) am 18. Februar auf dem Stachus aufgespannt war. „Noten berücksichtigen nicht, ob jemand etwas nur schnell auswendig gelernt oder wirklich verstanden hat“, so eine der Aktiven. In der SIM arbeiten SchülerInnen aus zehn Münchner Gymnasien mit.

Gegen eine verschärfte Auslese schon ab der 4. Klasse durch die geplante Einführung der 6-stufigen Realschule (R6) wandte sich das Volksbegehren „Die bessere Schulreform“, für das sich vom 15. bis 28. Februar 890.000 Menschen eintragen mußten, um einen Volksentscheid zu erzwingen. Leider kamen die notwendigen Unterschriften nicht zustande. Die Initiatoren schreiben dies auch den schlechten Öffnungszeiten der Eintragungsstellen und der aggressiven sowie kostspieligen Werbekampagne der Staatsregierung für die R6 zu. *baf*

Keine Kürzung bei den Kurzen



**Volksbegehren
Kita-Gesetz**
Bündnis für Kinder und Familien

**Zulässigkeit des Volksbegehrens Kindertagesstätten in
Niedersachsen mit 687.000 Unterschriften beantragt.**

Das Wohl des Kindes ist nicht beliebig veränderbar !

Die niedersächsische Landesregierung will nach eigenen Angaben das von 687.000 BürgerInnen unterstützte Volksbegehren „Nicht kürzen bei den Kurzen“ für unzulässig erklären. Die endgültige Entscheidung soll in den nächsten Tagen bekannt gegeben werden. Das von Elterninitiativen eingeleitete Volksbegehren soll die Versorgungsstandards für Kindertagesstätten sichern. Die Landesregierung sieht darin einen unzulässigen Eingriff in den Landeshaushalt. Die Initiatoren haben bereits angekündigt, dass sie gegen eine Ablehnung Klage einlegen werden. Hier eine kurze Zusammenfassung der Gründe für das Volksbegehren.

Die niedersächsische Landesregie-

rung hat im Januar 1999 die über das Gesetz und entsprechende Durchführungsverordnungen gesetzlich geregelten Mindeststandards für Kindertagesstätten zum 1. August 1999 aufgehoben. Aber: Eine gesetzliche Regelung ist selbst nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts notwendig. Nach heftigsten Widerständen aus Bevölkerung und Fachwelt wurden Verhandlungen am Runden Tisch ohne Beteiligung der InitiatorInnen des Volksbegehrens zwischen Landesregierung, kommunalen Spitzenverbänden, Kirchen, Gewerkschaften, Elternvertretungen und freien Trägern geführt. Daraufhin hat das niedersächsische Kultusministerium am 20. September 1999 sogenannte Richtlinien für Kindertagesstätten erlassen, die

Fortsetzung Seite 14 ➔

Dokumentiert: ÖTV Brandenburg
28. Januar 2000

Hände weg vom Kita-Gesetz Es geht um die Zukunft unserer Kinder

Ausgerechnet auf Kosten der Kinder möchte die Große Koalition in Brandenburg ihren Haushalt sanieren. 25 Millionen Mark will die Regierung in diesem Jahr bei den Kitas einsparen, 68 Millionen Mark im nächsten Jahr. Diese massiven Kürzungen lehnt die Gewerkschaft ÖTV entschieden ab.

Eine Verringerung der staatlichen Zuschüsse führt zwangsläufig zu kürzeren Öffnungszeiten, der rechtliche Anspruch auf einen Kitaplatz wird massiv beschnitten. Dadurch wird es gerade für Frauen immer schwieriger, Kinder und Beruf miteinander zu vereinbaren. Wer die Kita-Betreuung einschränkt, handelt extrem frauenfeindlich, denn er drängt berufstätige Frauen wieder zurück an den Herd.

Schon in der Vergangenheit waren Erzieherinnen immer wieder auf Grund von Sparmaßnahmen zu einer Reduzierung ihrer Arbeitszeit gezwungen, um Entlassungen zu verhindern. Da heute die Standard-Arbeitszeit in den Kitas bereits bei 32 Stunden liegt, ist eine weitere Stundenreduzierung nicht mehr möglich. Das bedeutet: Die neuerliche Spar-Runde würde für rund 1.400 Erzieherinnen unweigerlich den Verlust ihres Arbeitsplatzes zur Folge haben.

Wir rufen die Beschäftigten in den Kitas und alle betroffenen Eltern auf, sich mit uns für den Erhalt der Mindeststandards in den Kitas einzusetzen. Es geht um die Zukunft unserer Kinder.

Ottmar Hinz

Gegen eine Politik der sozialen Kälte – „Jugendpolitik ist für die Landesregierung ein zentrales Thema. Die Landesregierung will den Kindern und Jugendlichen, die in Brandenburg aufwachsen, eine Zukunft bieten.“ So schön formulierte die neue schwarz-rote Landesregierung ihre Regierungserklärung. Doch die Tinte auf dem Papier war noch nicht trocken, da holte die Große Koalition zum Schlag gegen die Kindertagesstätten im Lande aus. Die Landeszuschüsse von derzeit 320 Millionen Mark sollen in diesem Jahr um 25 Millionen, ab 2001 sogar um 68 Millionen Mark gekürzt werden. Mit anderen Worten: „angemessen“ bedeutet für die Regierung eine Kürzung der Landeszuschüsse um fast ein Viertel. Weil die Städte und Gemeinden diese Lücke nicht schließen können, führt ein veringert Landeszuschuss zwangsläufig

Baden-Württemberg

Qualitätsoffensive für Stuttgarter Kindertagesstätten

Erstaunlicherweise wurden in Baden-Württemberg die Personalkostenzuschüsse erhöht. Ursache ist ein neues System: Wurden bisher die wirklichen Personalkosten, also die Stellen des Fachpersonals bezuschusst, so werden heute die Kindergruppen je nach Einrichtungsart zur Berechnungsgrundlage genommen. Für Stuttgart bedeutete dies, daß es 1999 2,2 Millionen DM mehr vom Land erhielt. Da für altersgemischte Gruppen der höchste Zuschuß gilt, steht Stuttgart relativ gut da, denn hier wird schon seit Jahren auf Altersmischung hingearbeitet.

In ländlichen Gebieten wurden schnellstens Betriebsformenmischungen installiert, ohne vorheriges Konzept, weil auch Gruppen, in denen Ganztagesbetreuung und Regelbetreuung (in Ba-Wü bedeutet das noch Zeiten von ca. 8 bis 12, und 14 bis 16 Uhr) und veränderte Öffnungszeiten (ca. 7.30 bis 13.30) höhere Zuschüsse bekommen. Erzieherinnen wurden oft vom Träger vor vollendete Tatsachen gestellt und mit neuen Dienstplänen, oft größeren Gruppen und Raum-

problemen, völlig allein gelassen. Die Öffnungszeiten wurden zwar verlängert, was sicher auch im Interesse der Eltern ist, aber es wurde nicht mehr Personal eingestellt. Die Beschäftigten tragen die Last, während die Träger die höhere Bezuschussung kassieren.

In Stuttgart hat sich die Erhöhung der Zuschüsse durchaus positiv ausgewirkt. Es gibt jetzt endlich eine garantierte Vor- und Nachbereitungszeit auch in den Ganztageseinrichtungen, es wurden 20 Stellen mehr geschaffen, die Leitungsfreistellung wurde teilweise verbessert, und es gibt Gelder für besonders innovative Projekte einzelner Einrichtungen.

Allerdings ist die ÖTV zu Recht auf der Hut, denn die Finanzierung wirkt in Städten und ländlichen Gebieten unterschiedlich, dies gilt es im Auge zu behalten. Zudem gilt das Kindergartengesetz und seine Richtlinien zur finanziellen Ausstattung nur noch bis 31.12.2002, was dann folgt, da ist Vorsicht geboten, denn das Land möchte die gesamte Verantwortung für die Kinderbetreuung an die Kommunen abgeben. Wie die das dann alles noch finanzieren sollen, ist mehr als unklar. (unb)



dazu, dass sich der Standard der Kinderbetreuung in Brandenburg drastisch verschlechtern wird.

Die Mär von der Überversorgung im Lande – Wohl um ihr schlechtes Gewissen zu beruhigen und Protesten der betroffenen Eltern und Erzieherinnen vorzubeugen, bemühen Vertreter der Regierungskoalition die Mär von der Überversorgung im Lande. Auch manche Medien übernehmen ungeprüft die regierungsamtlichen Sprachregelungen. So schrieben die *Potsdamer Neuesten Nachrichten* von den „bundesweit teuersten Kita-Standards“ in Brandenburg. Sie führten an, dass die Pro-Kopf-Ausgaben pro Kitaplatz in Brandenburg bei 123 DM lägen, in Mecklenburg-Vorpommern nur bei 70, in Thüringen bei 90, und in Sachsen bei 94 DM. Genauere Recherchen hätten zu einem ganz anderen Ergebnis geführt.

Selbst Materialien aus dem hiesigen Bildungsministerium ist zu entnehmen, dass Brandenburg bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Kitas hinter Sachsen-Anhalt und Thüringen erst auf dem 3. Platz der ostdeutschen Bundesländer liegt. Rechnet man das in Sachsen gezahlte Landeserziehungsgeld mit ein, so liegt Brandenburg mit diesem Land gleichauf. Nach der geplanten Kürzung würde Brandenburg auf den vorletzten Platz unter den östlichen Bundesländern nach Mecklenburg-Vorpommern rücken.

Zu berücksichtigen ist bei Vergleichen, dass derzeit neben Brandenburg nur Sachsen-Anhalt allen Kindern bis 12 Jahren einen Rechtsanspruch auf eine Kita-Betreuung gewährleistet. Und dort liegt der Landeszuschuss mit 180 Mark je Kitaplatz um fast 50 Prozent über dem von Brandenburg. Sachsen-Anhalt, ein Land mit ähnlich großer Bevölkerungszahl und ähnlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, lässt sich die Versorgung seiner Kinder rund 150 Millionen Mark mehr im Jahr kosten als Brandenburg. Und dennoch will Brandenburg ausgerechnet hier den Rotstift ansetzen.

Brandenburg ist Schlusslicht beim Personalschlüssel – Schon jetzt ist – wie auch offizielle Stellen einräumen müssen – das Land Brandenburg bundesweit Schlusslicht beim Personalschlüssel, also dem Verhältnis zwischen der Zahl der Kinder und der Erzieherinnen. So kommt in den brandenburgischen Kinderkrippen rein statistisch auf sieben Kinder eine Erzieherin, in Sachsen kommt hingegen bereits auf sechs und in Thüringen auf vier bis fünf Kinder eine Erzieherin. Selbst den gewieftesten Rechnern im Ministerium ist klar, dass eine weitere Vergrößerung der Gruppen nicht mehr möglich ist. Deshalb verfällt man auf andere Planspiele: *Variante 1: Man schränkt den Rechtsanspruch ein* – Bisher konnten Eltern in den meisten andern Bundesländern die

Brandenburger beneiden, denn hier gibt es einen Rechtsanspruch für alle Kinder bis 12 Jahre auf einen Kitaplatz. Künftig solle der Rechtsanspruch nur noch für Kinder von zwei bis zehn Jahren gelten, heißt es aus dem Hause des Bildungsministers. Die Bereitstellung von Plätzen für Kinder bis zwei und über zehn Jahren wäre dann in das Ermessen der Behörden gestellt und die Eltern müssten künftig ihre Bedürftigkeit nachweisen.

Variante 2: Es werden preiswerte Alternativangebote entwickelt – Ein Teil der wegfallenden Krippenplätze soll durch Plätze in Tagespflegestellen ersetzt werden. Was sich rein rechnerisch gut anhört – immerhin könnten auf diese Weise fast 20 Millionen Mark im Jahr gespart werden – hat jedoch mehr als einen Pferdefuß. Erstens gibt es bislang in Brandenburg noch gar keine Voraussetzungen für alternative Tagespflege, zweitens gehen die geringeren Kosten oft einher mit einem geringeren Standard in der Betreuung. Mit anderen Worten: Allzu oft fehlt den preiswerteren Tagespflegekräften die pädagogische Qualifikation, wie sie in Kitas vorausgesetzt werden kann. Ähnlich sieht es bei dem Vorschlag aus, für Kinder der 5. und 6. Klassen könnte die Hortbetreuung durch eine Aufsicht an der Schule ersetzt werden.

Variante 3: Die Betreuungszeiten werden zusammengestrichen – Auch diese Aussicht macht manche kühlen Rechner im Ministerium heiß. 12 Millionen Mark könnten durch kürzere Öffnungszeiten jährlich eingespart werden, haben sie ermittelt. Bisher würden nur 30 Prozent der Kita-Kinder weniger als acht Stunden täglich betreut. Das soll sich ändern. Teilzeitarbeit oder Arbeitslosigkeit der Eltern machten verkürzte Betreuungszeiten möglich, heißt die schon fast zynische Begründung. Schon hat die brandenburgische CDU den Vorschlag auf den Tisch gebracht, dass Kinder von Arbeitslosen generell nur noch der zeitweilige Aufenthalt in Kitas gestattet werden solle. Planspiele aus dem Ministerium sehen vor, dass Kinder im Vorschulalter nur noch einen Rechtsanspruch auf 6 Stunden Betreuungszeit täglich haben sollen und Kinder im Schulalter nur noch auf vier Stunden. Werden generell die Öffnungszeiten beschränkt, dann wird es künftig nur noch einzelne Schwerpunkt-Kitas mit ganztägiger Öffnung geben.

Arbeitslosigkeit wird billigend in Kauf genommen – Ganz gleich, wie die geplanten Kürzungen umgesetzt werden, klar ist: Sie gehen auf Kosten der Eltern, der Kinder und der Erzieherinnen. Gegenwärtig gibt es in den mehr als 2.000 öffentlich geführten Kitas rund 183.000 Plätze. Ein großer Teil davon würde wegfallen, wenn die geplanten Sparmaßnahmen umgesetzt werden. Vielen Berufstätigen oder Arbeit suchenden Eltern

würden dadurch berufliche Perspektiven verbaut, vielen Kindern die Chance auf eine kindgerechte und gute pädagogische Betreuung genommen.

Von den gegenwärtig mehr als 18.000 Beschäftigten in den öffentlichen Kitas würden nach Berechnungen der ÖTV rund 1.400 ihren Arbeitsplatz verlieren. Schon heute arbeiten die meisten Erzieherinnen nur noch verkürzt. Viele haben bei den Sparrunden der Vergangenheit auf einen Teil ihrer Arbeitszeit und ihres Einkommens verzichtet, damit andere Kolleginnen ihren Arbeitsplatz behalten konnten. Deshalb liegt die Standard-Arbeitszeit in den Kitas heute nur noch bei 32 Stunden.

Wer die gegenwärtigen Gehälter der Erzieherinnen betrachtet, kann leicht sehen, dass ein weiterer Stunden- und damit Gehaltsverzicht nicht möglich ist. Der Verdienst einer in Vollzeit beschäftigten Erzieherin liegt bei etwa 3.500 Mark brutto, durch die verkürzte Arbeitszeit fehlen ihr davon bereits rund 700 Mark im Monat.

Die Beschäftigten der Kitas und die Gewerkschaft ÖTV lehnen diese unverantwortlichen Kürzungsbeschlüsse ab. Sie haben deshalb mobilisiert, um ihre Ablehnung zu dokumentieren. Andere Gewerkschaften, Verbände und nicht zuletzt viele betroffene Eltern haben sich dem Protest bereits angeschlossen.

Wir appellieren gemeinsam an die Vertreter der Regierungsparteien, die geplanten Verschlechterungen des Kita-Gesetzes in Brandenburg nicht zu akzeptieren.

Kindertagesstätten sind soziale Lernorte und keine Verwahranstalten. Eltern erhalten hier eine notwendige Unterstützung bei der immer schwieriger werdenden Aufgabe, ihre Kinder zu erziehen. Dafür benötigen die Kitas eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung.

Argumente gegen Kürzungen und Sozialabbau in Brandenburg – Die geplanten Kürzungen des Landeszuschusses werden zwangsläufig dazu führen, dass Personal abgebaut werden muss. Damit würde sich die Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kitas weiter verschlechtern.

- Weniger Personal bedeutet noch größere Gruppen
- Weniger Personal bedeutet mehr Gruppenaufteilungen und -zusammenlegungen
- Weniger Personal bedeutet weniger Außenaktivitäten
- Weniger Personal bedeutet weniger Beteiligung der Eltern
- Weniger Personal bedeutet weniger Zeit zur (Fort-)bildung
- Weniger Personal bedeutet, dass Kitas immer mehr zu „Aufbewahrungsanstalten“ werden
- Weniger Personal bedeutet eine sinkende Attraktivität des Erzieherberufs

→ zukünftig dem Landesjugendamt als einheitliche Handlungsgrundlage zur Erteilung und Veränderung von Betriebserlaubnissen für Kindertageseinrichtungen dienen.

Die nun veröffentlichten Richtlinien kann die Landesregierung jederzeit einseitig, ohne vorherige Abstimmung im Landtag, sowie ohne Anhörung der betroffenen Verbände festlegen, verändern oder aufheben. Darüber hinaus bleiben sie deutlich hinter den bisherigen Standards zurück und lassen zu, dass:

- Ausnahmen genehmigt werden können, ohne dass Kriterien feststehen, auf deren Grundlage über diese entschieden werden soll.
- Eine Verschlechterung der Qualifikation des Personals im Zweitkraftbereich entsteht.
- Freistellungs- und Verfügungszeiten für Vor- und Nachbereitungen, Elternarbeit, Mitarbeiterkonferenzen, Zusammenarbeit mit dem Träger, Fortbildung etc. gekürzt werden.
- Die notwendige Weiterentwicklung pädagogischer Konzepte nicht mehr vorgeschrieben ist.
- Gruppengrößen über 25 Kinder möglich sind.
- Verkleinerungen von Raum- und Außenspielflächen vorgenommen werden können.
- Eine Bedarfsorientierung, z.B. 2/3- u. Ganztags- und Ferienregelung nicht mehr eingeplant werden muß.
- Keine Verpflichtung zur Fachberatung mehr besteht.
- Eine gleichmäßige Ausstattung der Kindertageseinrichtungen in Niedersachsen nicht mehr gegeben ist.

Abgegebene Ehrenwörter und politischen Verbindlichkeitserklärungen der Landesregierung hinsichtlich der versprochenen Einhaltung der Richtlinien als tragfähige Basis zur Erfüllung des Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsauftrages anzusehen, kann im Interesse der Qualitätssicherung der pädagogischen Arbeit von den Eltern und Beschäftigten nicht verantwortet werden.

Weiterer Verlauf des Volksbegehrens: Die Zulässigkeit ist durch die Landesregierung zu prüfen und zu erteilen. Wird die Zulässigkeit erteilt, muss sich der Landtag mit unserem Gesetzentwurf des alten KitaG (formuliert durch das Volksbegehren) befassen. Nimmt der Landtag den Gesetzentwurf nicht innerhalb von sechs Monaten im wesentlichen unverändert an, so findet sechs Monate nach Ablauf der Frist oder nach dem ablehnen den Beschluss des Landtags ein Volksentscheid statt. Eine Ablehnung der Zulässigkeit aus formaljuristischen Gründen hat die Landesregierung bereits mehrfach angekündigt. Wird die Zulässigkeit nicht erteilt, wird das Aktionsbündnis eine richterliche Entscheidung durch den Staatsgerichtshof einholen.

Weitere Informationen bei Landeselternvertretung der Nds. Kindertagesstätten: <http://www.kita-lev.de>

CDU-Klientelpolitik:

STUTTGART. Am vergangenen Donnerstag wurde im Stuttgarter Gemeinderat der Doppelhaushalt 2000/2001 verabschiedet. Nach dem Willen der CDU als stärkster Fraktion soll die Gewerbe- und Grundsteuer um ca. 50 Mio. DM gesenkt werden. Deckungsvorschläge für diese Mindereinnahmen bestanden u.a. in der Senkung des Stammkapitals der städt. Wohnungsbauges. SWSG um 50 Mio. DM, womit der soziale Wohnungsbau in der Stadt weiter geschwächt würde, und in Einsparungen durch die Verwaltungsreform (100 Mio. DM), die vor allem auf Kosten der städtischen Beschäftigten gehen. Zahlreiche kleinere Einsparungen treffen die Bezieher von Sozialhilfe. Mehrausgaben will die CDU im Nah- und Individualverkehr tätigen, so für den Bau eines Straßentunnels 60 Mio. Millionenbeträge sollen die Bürgerhäuser, die Schulen für Internetverbindungen und die Vereine für Sporthallen- und -plätze erhalten.

Gegen „soziale Stadt“: SCHWEINFURT. Die Stadtratsmehrheit hat einen Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt, der auf die Nutzung von Bund- und Länder- und EU-Fördermitteln nach dem Bundesländerprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt“ für den Ausbau der sozialen Infrastruktur in bestimmten Stadtvierteln abzielte. SPD-Stadträtin Marianne Firsching beklagt, dass die Stadt nur noch prestigeträchtige Großprojekte fördere, wie Schäfermuseum und Tagungszentrum, die sich jedoch zur Schuldenfalle entwickeln könnten, so dass künftig kaum noch Spielraum für freiwillige kommunale Leistungen bleibe. Mit der Förderung solcher Projekte will die Oberbürgermeisterin nach eigenem Bekunden den Umbau der Stadt von der „Industriestadt zur Dienstleistungsstadt“ befördern.

Wettbewerb im ÖPNV: MÜNCHEN. Nach dem Hearing des Stadtrats zu diesem Thema stellt die Münchner ÖTV fest: „Die Bundesregierung und das bayerische Verkehrsministerium machen sich zu Totengräbern der kommunalen Stadtwerke ... Die Umsetzung von EU-Richtlinien erfolgt in Muster-schüler-Manier. Während die Franzosen ihre Verkehrsunternehmen schützen, werden sie in Deutschland den EU-Großkonzernen zum Fraß vorgeworfen ... Das bayerische Verkehrsministerium hat offensichtlich kein Interesse daran, dass sich kommunale Unternehmen erfolgreich im Wettbewerb etablieren können.“

Aktionstag der ÖTV: HAMBURG. „Achtung Wettbewerb: wird der Nahverkehr gelb“ – unter diesem Motto warb die ÖTV bundesweit für faire Wett-

bewerbsbedingungen im öffentlichen Personennahverkehr. Die Gewerkschaft befürchtet Sozial- und Lohndumping durch eine unregelmäßige Freigabe des Wettbewerbs im Nahverkehr. „Wir wollen durchaus den Wettbewerb, aber zu fairen Bedingungen“, sagte Wolfgang Rose, Vorsitzender der ÖTV-Hamburg. „Wir brauchen aber feste Regeln für die Ausschreibung, damit nicht der billigste Jakob den Zuschlag erhält“. Die ÖTV fordert, dass in Ausschreibungen Mindeststandards festgelegt werden für Alter und Sauberkeit der Fahrzeuge, Komfort und technische Ausstattung. Ebenso sei darauf zu achten, dass ausreichend qualifiziertes und zuverlässiges Personal eingestellt und Lenk- und Ruhezeiten, sowie die geltenden Tarifverträge eingehalten werden. „Heute sind wir gewohnt, dass die Hochbahn leise und abgasarme Fahrzeuge anschafft und zuverlässiges und ausgeruhtes Personal einsetzt. Wenn nur noch der Preiswettbewerb zählt, wird es damit vorbei sein“, so Wolfgang Rose weiter.

Die ÖTV weist darauf hin, dass bei der Hochbahn die Produktivität in den vergangenen Jahren deutlich erhöht worden sei. „Die Beschäftigten haben dazu wesentlich beigetragen. Die Einkommensstruktur wurde verändert, die Arbeit ist dichter und anstrengender geworden. In den vergangenen drei Jahren wurden allein bei der Hochbahn rund 1000 Stellen gestrichen.“

Gewerbsteuer: KÖLN. Das Präsidium des Städtetages stellte fest, trotz einer Reihe gravierender Bedenken sei die für Personengesellschaften vorgesehene Teilanrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer ein gangbarer Weg, weil die Gewerbesteuer als Hauptsteuerquelle der Städte erhalten bleibe. Die Teilanrechnung der Gewerbesteuer dürfe jedoch auf keinen Fall auf Kapitalgesellschaften ausgedehnt werden. Protest meldeten die Städte gegen die Pläne zur Gewerbesteuerumlage an. Sie soll nach bisher vorliegenden Informationen zu Gunsten von Bund und Ländern deutlich angehoben werden: beginnend mit mindestens zwei Milliarden DM im Jahr 2001 und weit über vier Milliarden DM ab 2002. „Die Städte unterstützen grundsätzlich eine Steuerentlastung der Unternehmen. Die massive Erhöhung der Gewerbesteuerumlage können wir jedoch nicht akzeptieren. Die Erhöhung beruht nicht auf nachprüfbar Fakten, sondern lediglich auf Schätzungen. Die damit verbundenen Risiken dürfen den Städten nicht zugemutet werden“, sagte Städtetags-Präsident Hajo Hoffmann. Schon heute beanspruchten Bund und Länder mit über 10 Milliarden DM Gewerbesteuerumlage fast ein Fünftel des Gewerbesteueraufkommens.

Zusammenstellung: ulj

Erfolgreiche Tarifverhandlungen bei Škoda Auto

Der Erfolg der siebzigprozentigen VW-Tochter Škoda Auto im westböhmisches Mladá Boleslav, insbesondere auf den Exportmärkten, beruht vor allem auf der guten Ausbildung der billigen tschechischen Arbeitskräfte und den langen Arbeitszeiten, die obligatorische Samstagsarbeit einschließen. Es überrascht daher nicht, dass die Unruhe unter den Škoda-Arbeitern wächst. Der starke Anstieg der Produktion – 1995 wurden 210.000, 1998 dagegen 385.000 Einheiten gefertigt – hat sich auf die Löhne kaum ausgewirkt. Die Škoda-Beschäftigten verdienen im Durchschnitt, einschließlich Überstunden, rund 15.000 Kronen (ca. 850 DM) im Monat und liegen damit nicht nennenswert über dem landesweiten Durchschnitt.

Im November letzten Jahres begannen Tarifverhandlungen, die sich über zwei Monate hinzogen und in deren Verlauf die Arbeiter alle freiwilligen Überstunden verweigerten. Das war sehr wirkungsvoll. Am 24. Januar unterzeichneten die Vertreter der 22.000 Beschäftigten und die Firmenvertreter einen Lohn- und Manteltarifvertrag für das Jahr 2000, der einen wichtigen Sieg für die Gewerkschaft KOVO und ihre 19.000 Mitglieder bei Škoda Auto bedeutet.

Während der Verhandlungen drohte die Geschäftsleitung mit dem Rauschmiß von 600 Beschäftigten. Die Gewerkschaft erklärte, falls diese Drohung wahrgemacht würde, werde sie offiziell einen Streik unterstützen, obwohl dies nach den zwiespältigen tschechischen Gesetzen zum Streikrecht als illegal gewertet werden könnte.

Die Verweigerung von Überstunden, die vor Weihnachten begonnen hatte und die Markteinführung des neuen Škoda-Modells Fabia auf dem deutschen Markt verzögerte, wurde mittlerweile beendet.

Durch ihre Entschlossenheit konnten die Arbeiter eine reale Erhöhung ihrer Grundlöhne um durchschnittlich 3,8% durchsetzen (wobei der Anstieg für die schlechter bezahlten Arbeiter in der Produktion und am Band 4,4% betrug). Auf das ganze Jahr ab 1. Januar umgerechnet (der Vertrag von 1999 gilt bis Ende Februar) wurden damit zwar nicht die 7,5%-10% erreicht, die die Gewerkschaftsführer erzielt haben wollten, aber die Firma wurde doch gezwungen, mit ihrem letzten Angebot ein Stück weit nachzugeben – ein Beweis für die Wirksamkeit des hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrades, insbesondere in den Produktions- und Montagehallen des Werkes.

Die Arbeiter konnten auch die Zusage durchsetzen, dass in diesem Jahr keine Arbeitsplätze abgebaut werden, dass die obligatorische Samstagsarbeit von 18 auf 12 Tage pro Jahr reduziert wird, dass neue Prämien ausbezahlt werden und dass Verbesserungen hinsichtlich Kantinen-

essen, Pausenräumen und Renten erfolgen.

Die Belegschaft von Škoda ist seit 1993 um 5000 gewachsen, und das in einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit im Landesdurchschnitt stark zugenommen (auf 9,4%) und die Regierung einen weiteren Anstieg von 2-3% in diesem Jahr prognostiziert hat. Das wirft ein Licht auf die Rolle, die Škoda als größter tschechischer Exporteur spielt. Der Konkurrenzdruck ist jedoch groß, und der Anteil von Škoda am tschechischen Neuwagen-Geschäft geht zurück.

Verglichen mit 88% im Jahre 1992 und 54% im Jahre 1996 beträgt der Anteil von Škoda-Autos am tschechischen Neuwagenmarkt jetzt weniger als 50%. Dieser Trend wird im laufenden Jahr wahrscheinlich anhalten. Renault hat im letzten Jahr ein neues Werk im rumänischen Dacia erworben und produziert dort das neueste Nova-Modell, das für weniger als 200.000 Kronen (rund 12.000 DM) verkauft wird. Es ist somit billiger als alle Škoda-Modelle, die jetzt auf dem Markt sind – Felicia, Octavia und Fabia. (...) Ob Škoda seine Exportumsätze langfristig auf der Basis eines schrumpfenden Inlandsmarktes halten kann, ist fraglich. Seine jetzige Strategie besteht darin, sich auf die Produktion teurer „Weltklasse“-Modelle wie dem Fabia zu konzentrieren. Wenn die Produktion des billigeren Felicia – wahrscheinlich im nächsten Jahr – eingestellt wird, wird dies den Umsatz von Škoda auf dem einheimischen Markt weiter schmälern.

Auch hinsichtlich der Exportstrategie, die Škoda verfolgt, gibt es in etlichen Punkten Fragezeichen. Zwar konnte die Firma ihren Marktanteil in der Slowakei 1998 von 45% auf 54% steigern und auch in Polen, Deutschland und Westeuropa mehr Wagen absetzen, doch musste sie in Russland Rückschläge hinnehmen. Dasselbe gilt auch für ihre Operationen in Bosnien, die von Sarajewo aus geleitet werden; hier hatte die Firma auf Wettbewerbsvorteile durch ein Joint venture mit der staatlichen bosnischen Automobilfirma UNIS gehofft.

Zwischen Volkswagen und der tschechischen Regierung (und der EU) kam es kürzlich auch zum Konflikt wegen der Steuerbefreiung für das neue Motoren- und Getriebewerk, das für 570 Millionen Dollar in Mladá Boleslav gebaut wurde, und wegen des Verkaufs der restlichen 30% von Škoda Auto, die sich noch in den Händen des tschechischen Staates befinden. Diese Auseinandersetzungen sowie die wachsende Kampfbereitschaft der Arbeiter zeigen, dass der „Honeymoon“ für die deutsche Firma in der Tschechischen Republik mit großen Schritten dem Ende zugeht.

Ken Biggs, Postmark Prague Nr. 296 vom 30.1.2000/nach dtn 17/2000

Lohnbewegung Metall

Inzwischen wurde in allen Tarifbezirken verhandelt; überall ergebnislos. Die Kapitalseite redete von 2,6%.

Berlin; Berlin/ Brandenburg; Sachsen: Erhöhung der Löhne und Gehälter im Gesamtvolumen von 5,5 % einschließlich Tarifvertrag zum vorzeitigen Ausscheiden ab dem 60. Lebensjahr als Teil einer Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt; Erhöhung der Ausbildungsvergütungen auf bis zu 45 % des Facharbeiter-Ecklohns und Übernahme der ausgelerten Auszubildenden für mind. 12 Monate
Hessen; Rheinland-Pfalz; Saarland; Thüringen: ... 5,5 % ... Beschäftigungsbrücke; Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 80 Mark

Hamburg; Schleswig- Holstein; Nordwestliches- Niedersachsen; Unterweser; Mecklenburg- Vorpommern: Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen im Gesamtvolumen von 5,5 % einschließlich Tarifvertrag zum vorzeitigen Ausscheiden ab dem 60. Lebensjahr als Teil einer Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt; Übernahme der ausgelerten Auszubildenden für mind. 12 Monate

Niedersachsen: Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen im Gesamtvolumen von 5,5 %; einschließlich Tarifvertrag zum vorzeitigen Ausscheiden ab dem 60. Lebensjahr als Teil einer Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt

Osnabrück- Emsland: ... 5,5 % ... Beschäftigungsbrücke

Sachsen-Anhalt: Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 80 Mark Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen im Gesamtvolumen von 5,5 % einschließlich Tarifvertrag zum vorzeitigen Ausscheiden ab dem 60. Lebensjahr als Teil einer Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt; Mehr Ausbildungsplätze durch Steigerung der Einstellungen von Auszubildenden um 10 % gegenüber dem Einstellungsjahr 1999 - mindestens jedoch einen Auszubildenden mehr pro Betrieb

Bayern: ... 5,5 % ... Beschäftigungsbrücke; Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 100 Mark; Öffnung der Tarifbestimmungen zum Urlaubsgeld und zum 13. Monatseinkommen: auf Wunsch der Beschäftigten sollen Teile des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes künftig für den Aufbau eines zusätzlichen Rentenbausteins eingesetzt werden können

NRW: Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen im Gesamtvolumen von 5,5 % einschließlich Tarifvertrag zum vorzeitigen Ausscheiden ab dem 60. Lebensjahr als Teil einer Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt; Übernahme der ausgelerten Auszubildenden für mind. 12 Monate; Abschluss eines „Tarifvertrages zur Förderung und Kooperation in der Europäischen Region Belgien, Niederlande, Nordrhein-Westfalen“

Nordwürttemberg/ Nordbaden; Südwürttemberg- Hohenzollern; Südbaden: Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen im Gesamtvolumen von 5,5 % einschließlich Tarifvertrag zum vorzeitigen Ausscheiden ab dem 60. Lebensjahr als Teil einer Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt; Übernahme der ausgelerten Auszubildenden für mind. 12 Monate; Öffnung der Tarifbestimmungen zu den vermögenswirksamen Leistungen und zum 13. Monatseinkommen: auf Wunsch der Beschäftigten sollen Teile der vermögenswirksamen Leistungen und des Weihnachtsgeldes künftig für den Aufbau eines zusätzlichen Rentenbausteins eingesetzt werden können

Forderung

ÖTV: „Gesamt- volumen 5 %“

Am 23. Februar hat die Große Tarifkommission der ÖTV die Forderungen für die Tarifrunde 2000 aufgestellt. Im Unterschied zu den vergangenen Tarifrunden ist die Zustimmung zu Umfang, Inhalt und Struktur offensichtlich einhellig. Das stimmt zumindest insofern traurig, als dieses Mal nicht einmal mehr der Anschein einer sozialen Komponente darin enthalten ist.

Die prozentuale Forderungshöhe bewegt sich im Rahmen dessen, was die Industriegewerkschaften vorgegeben haben, wie meist 1/2 Prozent niedriger. Allerdings ist darin die Forderung nach Erhöhung der Zuwendung (= Weihnachtsgeld = derzeit im Westen 89,25%) enthalten, was bei einer Forderungsdurchsetzung allein schon ein knappes Prozent ausmachen würde oder anders gesagt, für den Rest bleibt nicht so viel, aber es gibt genügend Beschäftigte, die kein Weihnachtsgeld erhalten.

Alles in allem sind im Forderungspaket viele Bestandteile enthalten, die - so richtig sie sind - darauf hinauslaufen

werden, dass die (prozentuale) Tarifierhöhung der Einkommen am Ende vermutlich geringer ausfällt, als viele sich das erhoffen. (har)

Für eine aktive Tarifrunde 2000 in Ost und West

Nein zu jedem Lohndiktat

Angesichts des Beginns einer kräftigen Wirtschaftsentwicklung mit einem Produktivitätsanstieg von über drei Prozent einerseits und dem bisher nicht ausgeträumten Versuch der Bundesregierung andererseits, die Einkommensentwicklung auf den erwarteten Preisanstieg zu begrenzen, betont die Große Tarifkommission ihre Entschlossenheit, alle Lohn- und Tarifiedikte von Arbeitgebern im Öffentlichen Dienst zurückzuweisen und für alle Beschäftigten reale Einkommenserhöhungen durchzusetzen, die Schritt halten mit den Entwicklungen in der gewerblichen Wirtschaft. Deswegen ist ein Tarifergebnis auch auf Beamtinnen und Beamte zu übertragen.

Jetzt zügig angleichen

Wir entsprechen damit nicht nur den berechtigten sozialen Erwartungen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch den besonderen Interessen der Beschäftigten in den neuen Ländern nach einer klaren zeitlichen Perspektive für die Angleichung der Einkommen und

Arbeitsbedingungen an das westliche Niveau. Ein Stufenplan ist dazu das beste Instrument.

Neue Beschäftigungsinitiativen nötig

Noch immer läuft der Personalabbau im Öffentlichen Dienst weiter. Darunter haben junge Menschen in besonderem Maße zu leiden, denn die Zahl der Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst verharrt auf niedrigem Niveau. So anerkennenswert die Bemühungen von öffentlichen Arbeitgebern sind, mehr Ausbildungsplätze anzubieten, kann dies aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach wie vor zahlreiche junge Menschen ohne Ausbildungsplatz und damit ohne sichere Berufs- und Lebensperspektive dastehen. Deshalb müssen deutlich mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden.

So wichtig mehr Ausbildungsplätze sind, so wichtig sind auch neue Beschäftigungsinitiativen nach Ende der Ausbildung. Wer eine Ausbildung erfolgreich beendet hat, braucht auch danach einen Arbeitsplatz. Wir wollen deshalb die Tarifvereinbarungen zur Übernahme ausbauen. Einstellungskorridore für junge Menschen könnten geöffnet werden, wenn die Altersteilzeit attraktiver ausgestaltet werden würde. Dazu wollen wir beitragen.

Die Große Tarifkommission kritisiert das Verhalten der Arbeitgeber von Bund, Ländern und Gemeinden in den Tarif-

Abschluss:

hbv-Banktarif

Individuelle Öffnungsklausel für Samstagsarbeit und 6-Tage-Woche

Nach der DAG-Tarifkommission hat sich jetzt auch die HBV-Tarifkommission der Erpressung durch die Bankarbeitgeberverbände gebeugt. Auch im Jahr 2000 sollte es wie 1999 keinen rechtlich verbindlichen Gehaltstarifvertrag geben, wenn die Gewerkschaften nicht einer Öffnung des ungekündigten Manteltarifs für regelmäßige Samstagsarbeit zustimmen - und zwar ohne Zuschläge, die diesen Namen verdienen. Außerdem wollten die Arbeitgeber weder den ausgelaufenen Tarifvertrag zur Altersteilzeit noch zum Vorruhestand verlängern, letzterer gibt die Möglichkeit, je nach Betriebszugehörigkeit ein oder zwei Jahre vor gesetzlichem Rentenbeginn mit erst 80%, ab dem vierten Monat mit 75% des letzten Gehaltes in Vorruhestand zu gehen.

Nach dem längsten Tarifkampf im Bankgewerbe, an dem sich so viele Bankangestellte wie nie zuvor an mehreren eintägigen Arbeitsniederlegungen beteiligt haben - HBV spricht von insgesamt 100.000 Teilnehmern - haben zuletzt noch einmal 60 % der befragten HBV-Mitglieder in den am Streik beteiligten Betrie-

ben den Abschluß abgelehnt und für die Beteiligung an mehrtägigen Streiks votiert. Angesichts des Ausscherens der DAG war dies der HBV-Tarifkommission aber nicht ausreichend genug, um das Risiko eines erneuten Arbeitskampfes einzugehen, vor allem wenn man bedenkt, daß die Arbeitskämpfe des letzten Jahres in der Mehrheit von Beschäftigten getragen wurden, die weder in der DAG noch in der HBV organisiert sind.

Der Gehaltsabschluß sieht die nachträgliche Paraphierung der im letzten Jahr einseitig, ohne Tarifvertrag gezahlten 350,- DM Einmalzahlung und der 3,1 % ab 1.4.1999 vor, sowie eine weitere Einmalzahlung von 400,- DM im März 2000, eine Gehaltserhöhung von 1,5 % ab April und weiteren 1,5 % auf Basis des Märzgehaltes im August 2000, Laufzeit bis einschließlich März 2001. Als Vorgabe des florierenden Bankgewerbes für weitere Tarifrunden diesen Jahres ziemlich mager.

„Freiwillige“ für Samstagsarbeit gesucht

Neben der Verlängerung der Tarifverträge für Blockbildung bei Altersteilzeit und für Vorruhestand um 2 Jahre (letzterer für die Genossenschaftsbanken nur für 1 Jahr) wurde die auf 2 Jahre befristete „Vereinbarung über die Erweiterung der tariflichen Sonnabendarbeit“ vereinbart, die am 1.10.2000 in Kraft tritt. Die 3 Schreibmaschinenseiten füllende Vereinbarung soll laut Präambel dazu die-

nen, „Erfahrungen über Anwendungsgebiete, Umsetzungsformen und personelle Auswirkungen zusätzlicher Sonnabendarbeit“ zu sammeln. Welche Rechte erwachsen daraus den einzelnen Bankangestellten?

Bis zu 6 % aller Arbeitnehmer können je Bank im Jahresdurchschnitt am Samstag regelmäßig arbeiten. Diese können sich „freiwillig“ zur regelmäßigen Samstagsarbeit bereit erklären und erhalten dann nach 8 Samstagen einen Tag zusätzlichen Freizeitausgleich, nach 16 Samstagen 2 Tage und nach 24 Samstagen 3 Tage Freizeit, bei 8-stündiger Samstagsarbeit also ein Satz zwischen Null und 12,5 %. Falls ihre Arbeitskraft am Samstag nur 4 Stunden benötigt wird, gibt es den gleichen Freizeitzuschlag, der Satz steigt dann also von Null bis 25 %. Zum Vergleich: bisher ist Samstagsarbeit im Bankgewerbe in der Regel nur per mitbestimmungspflichtiger Mehrarbeit und von der ersten Stunde mit 50 % Zuschlag möglich. Ein Widerruf der Beteiligung an regelmäßiger Samstagsarbeit soll möglich sein und wird dann spätestens nach 3 Monaten wirksam. Verweigerung der Samstagsarbeit soll keine Nachteile für den Arbeitnehmer nach sich ziehen. Wenn der Arbeitgeber droht, die Filiale zu schließen, falls sich nicht genügend Arbeitnehmer für Samstagsarbeit finden - in Zeiten sich überschlagender Bankfusionen kein abwegiges Szenario -, wird eine Berufung auf die-

verhandlungen zur Arbeitszeitflexibilisierung und Arbeitszeitsouveränität. Entgegen den Verabredungen im Rahmen der „Gemeinsamen Erklärung“ aus der Tarifrunde 1999 haben die Arbeitgeber die damals gefundenen Kompromisslinien verlassen. Sie haben sich damit auch in Widerspruch gesetzt zu den Verabredungen beim „Bündnis für Arbeit“, durch den Abbau von Überstunden und die Einführung von Arbeitszeitkonten beschäftigungswirksame Vereinbarungen zu treffen, um die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Große Tarifkommission steht zu der „Gemeinsamen Erklärung“ von Frühjahr 1999 und ist bereit, auf dieser Grundlage zu Ergebnissen zu kommen, damit der Stillstand in diesen Fragen seit Sommer 1999 überwunden werden kann.

Wettbewerb braucht faire Regeln

Immer häufiger werden kommunale Betriebe, Unternehmen und ganze Bereiche des öffentlichen Sektors abrupt dem Wettbewerb ausgesetzt, ohne dass zuvor faire Regeln geschaffen wurden, die gleiche Startbedingungen garantieren. Anstatt sozialstaatliche Regulierungsstandards für den Wettbewerb zu schaffen, wird von politisch Verantwortlichen das geltende Tarifrecht als Wettbewerbshemmnis diffamiert. Die Gewerkschaft ÖTV war immer bereit, das Tarifrecht im öffentlichen Dienst geänderten Rahmen-

bedingungen durch Modernisierung, Vereinheitlichung und Vereinfachung anzupassen. Sie hat auch auf politischer Ebene zahlreiche Reforminitiativen ergriffen, um öffentliche Dienste zukunftsfähig zu machen. Sie hat aber stets auch ihren Willen unterstrichen, die Flächentarifverträge im öffentlichen Dienst entschlossen zu verteidigen. Wir werden auch künftig die berechtigten Interessen der Beschäftigten nach sozialem Schutz und angemessener Bezahlung aktiv vertreten.

Auf harte Verhandlungen einstellen

Wir müssen uns in diesem Jahr erneut auf eine harte Auseinandersetzung einstellen.

Unser Ziel ist ein Ergebnis in freien Verhandlungen.

Dazu brauchen wir von Beginn an aktive Begleitung und Unterstützung unserer Mitglieder in West und Ost.

Versuchen der Arbeitgeber, Beschäftigtengruppen gegeneinander auszuspielen, werden wir unsere Geschlossenheit entgegenstellen.

Gemeinsam werden wir in Ost und West für unsere Ziele streiten.

Mit Almosen werden wir uns nicht abspesen lassen.

(Beschlossen am 23.2.2000 mit 131 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, keine Enthaltungen)

sen Vertragsbestandteil problematisch. Auch die Gewährung von Zulagen für andere arbeitswillige Arbeitnehmer dürfte bei einem durchschnittlichen Tarifgehalt von ca. 5000,- DM brutto im Bankgewerbe die Freiwilligkeit fördern. Freiwilligkeit und Zuschläge gelten nicht für Neueingestellte einschließlich übernommener Azubis ab dem 1.10.2000, sofern diese sich per Arbeitsvertrag „freiwillig zur Sonnabendarbeit verpflichten“. Bleibt diesen eine Alternative? Ein Rechtsanspruch auf eine 5-Tage-Woche besteht auch nicht, sondern es „soll im Durchschnitt von 4 Monaten eine 5-Tage-Woche eingehalten werden.“

Dieser Vertrag regelt also keine Mindestbedingungen, sondern öffnet den Samstag als Regelarbeitstag, indem er bei der Mehrheit der Beschäftigten die Hoffnung weckt, nochmal verschont zu bleiben, führt er zu Entsolidarisierung. Er ist zwar auf zwei Jahre befristet und hat dann formal keine Nachwirkung. Wenn bis dahin aber in allen großen Städten die Deutsche Bank 24 und andere geöffnet haben, wenn die Backoffice-Abteilungen am Samstag auf das nationale und internationale Geschäft ausgerichtet sind, wird die Öffnung kurzfristig nicht mehr rücknehmbar sein. HBV orientiert daher in ihren Veröffentlichungen auf Betriebsvereinbarungen, in denen die Spaltung zwischen Neuen und Alten aufgehoben werden und bessere Zuschläge vereinbart werden sollen.

Freies Wochenende passé?

Warum ist nach über 12 Jahren Auseinandersetzung - 1987 gab es deswegen die ersten Streiks in Bankrechenzentren - jetzt flächendeckende Samstagsarbeit möglich geworden? Ein Einfallstor waren sicher die als Tochterunternehmen neu gegründeten, nicht tarifgebundenen Direktbanken, denen von den zuständigen Länderministerien mit NRW als Vorreiter sogar gegen jedes Gesetz die Sonntagsöffnung erlaubt wurde („sonst gehen wir in die Niederlande!“). Weiter fusionieren die Banken quer durch Europa nicht nur in Hölletempo, sondern zerlegen systematisch ihre Betriebe in kundennahe Bereiche und zentralisierte Abwicklungsfabriken“ insbesondere nach Frankfurt. Durch neue Vertriebswege (Internet) werden Arbeitsplätze im kundennahen Bereich unsicher. In Frankfurt herrscht hoher Arbeitskräftemangel im Bankgewerbe. Im Unterschied zu sonstigen Regionen lehnten hier über 85% der HBV-Mitglieder das Tarifikdiktat ab. Bei Beschäftigten außerhalb der Bankmetropole Frankfurt geht die Angst um den Arbeitsplatz um. Dort hegt man die - vergebliche - Hoffnung, die Beschäftigung am Ort zu retten, indem man auch samstags zur Verfügung steht. Die Zusammensetzung der Beschäftigten selbst ändert sich zudem durch die zunehmende Technisierung, in den Frankfurter Bankfabriken nimmt der Anteil der Selbstständigen und Scheinselbstständigen ins-

Tarifrunde 2000 für den Öffentlichen Dienst (Tarifgebiete Ost und West)

Die Gewerkschaft ÖTV fordert in der Tarifrunde 2000 für den Öffentlichen Dienst:

- Die Erhöhung der Löhne, Vergütungen, Ausbildungsvergütungen und Entgelte - bei einer Laufzeit von 12 Monaten - sowie die Erhöhung der Zuwendungen auf die bis zum Jahr 1993 geltenden Prozentsätze in einem Gesamtvolumen von 5%.

- Die Angleichung der Löhne, Vergütungen und Ausbildungsvergütungen im Tarifgebiet Ost auf 100 % des Westniveaus durch die Vereinbarung eines Stufenplans mit einer überschaubaren zeitlichen Perspektive.

Die öffentlichen Arbeitgeber werden aufgefordert, die Zahl der Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst über die Bemühungen der letzten Jahre hinaus weiter zu erhöhen.

Auszubildende benötigen auch nach erfolgreichem Ausbildungsabschluß eine berufliche Perspektive. Deswegen müssen die Vereinbarungen zur Übernahme verbessert werden. Die Gewerkschaft ÖTV fordert eine verbindliche Vereinbarung zur Übernahme für die Dauer von mindestens 12 Monaten, auch für Auszubildende in den Pflegeberufen.

(Beschlossen am 23.2.2000 mit 124 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen)

besondere in den IT-Bereichen als auch der Leiharbeiter in der Geschäftsabwicklung immer weiter zu. Für all diese gilt kein Tarifvertrag. Und schließlich hat im vergangenen Sommer die konzentrierte Aktion von Medien und Einzelhandelskapitalisten für die Sonntagsarbeit ihr Übriges getan, um den Bankangestellten nach den vergeblichen Streikaktionen des Frühjahrs den letzten Schneid abzukaufen.

Einen Erfolg hatten die Streiks aber: die Arbeitgeberpläne, das 13. Gehalt abzuschaffen und es zusammen mit erheblichen Teilen des Tarifgehaltes in „leistungsbezogene“ Entgelte umzuwandeln, konnten abgewehrt werden. Es wird zwar weiter über ein neues Vergütungssystem verhandelt. Ein „Leistungsbudget“ soll aber „aus dem Volumen künftiger Tarifierhöhungen zusätzlich zu den 13 Tarifgehaltern schrittweise aufgebaut werden.“

Und auch der Kampf um Wochenende, Sonn- und Feiertage ist nicht vorbei. Die Abschaffung der Feiertage im Bankgewerbe anlässlich der Euro-Einführung konnte teilweise zurückgedreht werden. Karfreitag, Ostermontag, 1. Mai und zweiter Weihnachtsfeiertag sind in diesem Jahr wieder überall im Bankgewerbe Feiertag. Jetzt darf man gespannt sein, ob eine Verfassungsklage gegen die geplante Börsenöffnung an Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag und am 3. Oktober Erfolg haben wird. *(gst)*

Kaufkraftverlust von über 6%!

Die Forderung muss sich an der Inflationsrate orientieren – das war ein wichtiges Argument für die Lohnbewegung. Aus der Tabelle unten lässt sich ablesen, dass dieser Massstab Abschlüsse weit über der aktuellen Jahresinflationsrate von 1 bis 2% nötig macht. Ein Verlustausgleich für die neunziger Jahre in der alten Bundesrepublik erfordert Ab-

schlüsse über 6%! Der „Produktivitätszuwachs“ (Inlandsprodukt je Erwerbstätigen) hat in dieser Zeit (gesamte BRD) über 16% ausgemacht. Berechnet man die Nettolohnsumme auf das Bruttozialprodukt (Nettolohnquote), dann haben die in Arbeit stehenden Menschen 1991 28% vom gesamten erhalten; 1998 waren es nur noch 26,2%. (alk, maf)

Bruttolohn- und -gehaltssumme und Abzüge sowie Nettodurchschnittsverdienst je Beschäftigter 1960 bis 1997

Jahr	Bruttolohn- und -gehaltssumme	Abzüge						Nettolohn- und -gehaltssumme		Nettolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer (jährlich)			
		Lohnsteuer 1)		Sozialbeiträge der Arbeitnehmer		insgesamt				nominal		Index, real 4)	
		Mrd. DM	Mrd. DM	% 2)	Mrd. DM	% 2)	Mrd. DM	% 2)	Mrd. DM	% 2)	DM	% 3)	1991=100
Früheres Bundesgebiet													
1965	202,11	15,64	7,7	18,85	9,3	34,49	17,1	167,62	82,9	7751	9,9	62,8	6,2
1966	216,90	18,54	8,5	20,95	9,7	39,49	18,2	177,41	81,8	8199	5,8	64,2	2,3
1967	216,59	18,83	8,7	21,22	9,8	40,05	18,5	176,54	81,5	8444	3,0	65,0	1,3
1968	231,42	21,45	9,3	23,83	10,3	45,28	19,6	186,14	80,4	8846	4,8	67,4	3,6
1969	259,85	26,48	10,2	27,66	10,6	54,14	20,8	205,71	79,2	9513	7,5	71,0	5,4
1970	306,74	36,01	11,7	32,88	10,7	68,89	22,5	237,85	77,5	10744	12,9	77,6	9,3
1971	346,51	45,50	13,1	36,96	10,7	82,45	23,8	264,06	76,2	11735	9,2	80,7	4,0
1972	381,66	47,82	12,5	41,71	10,9	89,52	23,5	292,14	76,5	12847	9,5	83,9	3,9
1973	430,99	62,26	14,4	49,17	11,4	111,43	25,9	319,56	74,1	13817	7,6	84,6	0,8
1974	473,90	72,88	15,4	53,86	11,4	126,74	26,7	347,16	73,3	15130	9,5	86,6	2,4
1975	490,71	71,36	14,5	58,55	11,9	129,91	26,5	360,80	73,5	16124	6,6	87,0	0,5 ⁵⁾
1976	525,49	81,23	15,5	66,62	12,7	147,85	28,1	377,64	71,9	16844	4,5	87,0	-0,1
1977	565,69	90,71	16,0	72,23	12,8	162,94	28,8	402,75	71,2	17823	5,8	89,0	2,3
1978	602,70	92,09	15,3	77,17	12,8	169,27	28,1	433,43	71,9	18950	6,3	92,3	3,7
1979	651,16	97,06	14,9	83,31	12,8	180,37	27,7	470,79	72,3	20129	6,2	94,4	2,3
1980	706,90	111,69	15,8	90,72	12,8	202,41	28,6	504,49	71,4	21181	5,2	94,5	0,0
1981	740,95	115,98	15,7	97,05	13,1	213,02	28,8	527,93	71,2	22159	4,6	93,0	-1,6
1982	760,85	121,39	16,0	101,86	13,4	223,26	29,3	537,60	70,7	22834	3,0	90,9	-2,2
1983	773,66	126,48	16,3	105,09	13,6	231,57	29,9	542,09	70,1	23369	2,3	90,1	-0,9
1984	799,00	134,56	16,8	110,64	13,8	245,21	30,7	553,79	69,3	23818	1,9	89,8	-0,4
1985	829,54	144,58	17,4	116,83	14,1	261,41	31,5	568,13	68,5	24222	1,7	89,5	-0,3
1986	872,33	149,04	17,1	123,77	14,2	272,81	31,3	599,52	68,7	25184	4,0	93,1	4,1
1987	908,28	161,31	17,8	128,86	14,2	290,17	31,9	618,11	68,1	25718	2,1	95,1	2,1
1988	944,15	164,40	17,4	135,06	14,3	299,46	31,7	644,69	68,3	26574	3,3	97,2	2,2
1989	988,05	178,00	18,0	141,56	14,3	319,56	32,3	668,49	67,7	27123	2,1	96,5	-0,8
1990	1068,24	173,04	16,2	152,59	14,3	325,63	30,5	742,61	69,5	29176	7,6	101,0	4,7
1991	1161,23	207,90	17,9	169,82	14,6	377,72	32,5	783,51	67,5	29978	2,8	100,0	-0,9
1992	1240,22	231,12	18,6	182,27	14,7	413,39	33,3	826,83	66,7	31331	4,5	100,4	0,4
1993	1253,77	228,67	18,2	188,30	15,0	416,97	33,3	836,80	66,7	32270	3,0	99,7	-0,7
1994	1260,83	236,13	18,7	199,49	15,8	435,62	34,6	825,21	65,4	32273	0,0	97,0	-2,7
1995	1289,89	262,54	20,4	208,62	16,2	471,16	36,5	818,73	63,5	32275	0,0	95,4	-1,7
1996	1298,93	246,80	19,0	215,65	16,6	462,45	35,6	836,48	64,4	33386	3,4	97,3	2,1
1997	1302,20	245,83	18,9	225,58	17,3	471,41	36,2	830,79	63,8	33547	0,5	95,8	-1,6
Neue Länder													
1991	149,13	12,13	8,1	23,00	15,4	35,13	23,6	114,00	76,4	16403	.	100,0	.
1992	175,79	20,23	11,5	29,92	17,0	50,15	28,5	125,64	71,5	21049	28,3	114,5	14,5
1993	196,14	23,47	12,0	32,27	16,5	55,74	28,4	140,40	71,6	24388	15,9	121,2	5,9
1994	210,67	27,03	12,8	35,92	17,1	62,95	29,9	147,72	70,1	25342	3,9	121,7	0,4
1995	225,45	31,45	13,9	38,05	16,9	69,50	30,8	155,95	69,2	26518	4,6	124,9	2,7
1996	226,94	26,38	11,6	39,31	17,3	65,69	28,9	161,25	71,1	28024	5,7	129,3	3,5
1997	225,98	26,18	11,6	40,74	18,0	66,91	29,6	159,07	70,4	28512	1,7	128,9	-0,4
Deutschland													
1991	1310,36	220,03	16,8	192,82	14,7	412,85	31,5	897,51	68,5	27127	.	100,0	.
1992	1416,01	251,35	17,8	212,19	15,0	463,54	32,7	952,47	67,3	29434	8,5	103,6	3,6
1993	1449,91	252,14	17,4	220,57	15,2	472,71	32,6	977,20	67,4	30838	4,8	104,3	0,7
1994	1471,50	263,16	17,9	235,41	16,0	498,57	33,9	972,93	66,1	30986	0,5	101,8	-2,4
1995	1515,34	293,99	19,4	246,67	16,3	540,66	35,7	974,68	64,3	31192	0,7	100,6	-1,2
1996	1525,87	273,18	17,9	254,96	16,7	528,14	34,6	997,73	65,4	32384	3,8	102,3	1,8
1997	1528,18	272,01	17,8	266,31	17,4	538,32	35,2	989,86	64,8	32621	0,7	101,0	-1,3
1997 1)	1579,75	.	.	.	.	.	.	1004,58	63,6	31503	0,7	96,3	-1,1
1998	1605,78	.	.	.	.	.	.	1021,55	63,6	31982	0,7	96,8	0,5
1999	1653,90	.	.	.	.	.	.	1039,32	62,8	32464	0,7	.	.

Quelle BuMiArbeit, die zweite Zeile 1997 nach Statistikumstellung; absolute Zahlen sind daher nur bedingt vergleichbar

1) Einschließlich Erhebung (1970/71) und Erstattung (1972) des Konjunkturzuschlags; einschließlich Stabilitätzuschlag (1973, 1974); vor Abzug der Arbeitnehmersparzulage (ab 1971).

2) Der Bruttolohn- und -gehaltssumme.

3) Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

4) In Preisen von 1991; deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-

Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen.

5) Einschließlich Kindergeld: + 3,5 %.

PB 6: REGIONALES:

Anti-Expo-Aktionen&Kritiken

PB 6: GEWERKSCHAFTLICHES:

Tarifkonzeption der Kapitaleseite

Anfragen/Vorschläge an: email: pb@gnn-verlage.de oder Fax: 0821/2620179 maf

Arbeitgeber kümmern sich direkt um Nachwuchs. -

HB, Montag 14.2.2000. - Wegen der Klagen über den Mangel an deutschen Fachkräften der Informatik, Technik, Mathematik und Naturwissenschaften will Josef Siegers, Hauptgeschäftsführer der BDA, jetzt unter dem Schirm der Caesar-Stiftung einen Verein zur Förderung von Leistungszentren an Gymnasien bilden. Der Verein soll dafür sorgen, dass es in jedem Land eine gewisse Zahl von Gymnasien gibt, die sich als Leistungszentren organisieren. Mitglieder im Verein sollen die Schulen sein, zum anderen fördernde Mitglieder, die für Finanzspritzen und Transfer von Wissen sorgen. Mit dem Verein will Siegers ein Gütesiegel entwickeln. Potenziale, „die in Schülern schlummern, sollen so systematisch geweckt werden.“ Nicht jedes Gymnasium kann teilnehmen, das Niveau der genannten Fächer muss überdurchschnittlich sein.

BDA fordert Rente nur als Basissicherung. - HB, Mittwoch, 16.2.2000. -

Der Renten-Beitragssatz solle langfristig auf unter 19 % stabilisiert werden, dazu sollen die Leistungen auf eine Basissicherung gekürzt werden, so die BDA.

Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft fordern CDU-Neuanfang. - HB, Donnerstag, 17.2.2000. -

Die CDU müsse schnell zur Sacharbeit zurückkehren, so DIHT-Präsident Stihl. Der selbstquälerische Vorgang der Aufklärung der Aufklärung dauert schon fast drei Monate, dies verursache Unsicherheit bei in- und ausländischen Unternehmen. „Wir brauchen eine starke Opposition im Bundestag“, fügte BDI-Chef Henkel hinzu: die Wirtschaftsverbände könnten diese Aufgabe nicht übernehmen. Eine unvermeidliche Folge der Spendenaffäre werde sicherlich sein, dass sich die Wirtschaft vorerst mit Spenden zurückhalte. Die BDA stellt dagegen fest, der Beigeschmack des Anrühigen hänge den Finanzhilfen von Unternehmen zu Unrecht an. Parteispenden seien nichts Ehrenrühiges, wenn man sie ordentlich verbuche.

Arbeitgeber im Baugewerbe fordern Holzmänn-Arbeitszeitmodell. - HB, Mittwoch, 24.2.2000. -

Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie und der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes fordern als Auftakt der Tarifverhandlungen, dass die Arbeitszeit für alle Unternehmen der Branche entsprechend der Regelung bei Holzmänn (in 18 Monaten bis zu 354 Stunden unbezahlte Mehrarbeit) flexibilisiert wird.

Presseauswertung: rst

Positionen der PDS zur internationalen Krisen- und Konfliktbewältigung

Wir dokumentieren im folgenden ausführlich, aber keineswegs vollständig, den Stand der Diskussion im Vorfeld des Parteitag. Der Parteivorstand ist zurückgerudert; wenn der Parteitag seinen Antrag mit Verbesserungen, wie sie z.B. von der Regionalkonferenz NRW gefordert werden, beschließt, wäre eine wichtige Positionsbestimmung der Partei in dem ansonstigen Durcheinander der Programmdiskussion gesichert. (alk)

Antrag des Parteivorstandes an den Münsteraner Parteitag der PDS

Die PDS ist und bleibt Antikriegs- und Friedenspartei. Die Grundaussagen zur Friedens- und Sicherheitspolitik in ihrem Parteiprogramm und in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 1998 und zum Europäischen Parlament 1999 bleiben gültig. Auf dieser Grundlage lehnt die PDS auch die neue NATO-Strategie der Selbstmandatierung strikt ab. Sie betrachtet Aktivität und verlässliche Verankerung in der Friedensbewegung als Verpflichtung und arbeitet gemeinsam mit anderen linken Parteien an der Entwicklung friedenspolitischer Positionen. Sie sieht es als ihre Aufgabe an, machtpolitische, wirtschaftliche und andere Wurzeln kriegerischer Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit deutlich zu machen. Ihre Friedenspolitik setzt die PDS allen Interessen an Militarisierung der Politik von Regierung und konservativer Opposition entgegen, durch die Deutschland – im NATO-Bündnis – am Ende des 20. Jahrhunderts wieder zur Krieg führenden Partei geworden ist.

1. Die sicherheitspolitischen Ansätze der PDS zielen auf die Durchsetzung des Gewaltverzichts in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Sie schließen die Forderung nach dem Verbot aller Massenvernichtungswaffen und dem Abbau der militärischen Kapazitäten aller Staaten und Militärbündnisse unter Einschluss sämtlicher Waffensysteme ein und sollen dadurch zur Beseitigung von Kriegsführungs- und Interventionsfähigkeit führen. Der PDS fordert dies ein tieferes Hineinarbeiten in die Rüstungskontrolldebatten ab, um konkrete Initiativen für Abrüstung überzeugend vertreten zu können.

2. Die PDS tritt für ein Verbot von Rüstungsexporten bis hin zum Verbot des Exports sogenannter Kleinwaffen ein.

3. Die PDS will präventive Konfliktbearbeitung und zivile Konfliktlösung und wird alle ihre Möglichkeiten ausschöpfen, um die Weiterentwicklung dafür geeigneter institutioneller Regelungen und Mechanismen sowie deren praktische Anwendung durchzusetzen.

4. Die der UNO verfügbaren internationalen Sicherheitsmechanismen rei-

chen für die Sicherung des Friedens nicht aus und sind bis heute überdies nur selten in politische Realität umgesetzt worden. Imperiale Großmachtinteressen, von Banken, großen Fonds und transnationalen Industrieunternehmen getragene rücksichtslose Konkurrenz, wachstumsbesessenes Ausplündern von Umweltressourcen, bedrohliche Klimaveränderungen, inhumane Politik des IWF und der Weltbank gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern und zunehmender Hunger in weiten Teilen der Welt stehen in krassem Gegensatz zu Geist und Gründungsprogrammatik der Vereinten Nationen. Dennoch gilt der PDS die UNO als universale politische Institution zur Lösung großer Fragen unserer Zeit und damit als unverzichtbar. Die Organisation der Vereinten Nationen und das von ihr in Konsequenz des zweiten Weltkrieges hervorgebrachte qualitativ neue demokratische Völkerrecht leisteten zu Zeiten der Blockkonfrontation einen wichtigen Beitrag zur Minderung von Spannungen und zur Sicherung des Weltfriedens. Seit 1989 verfolgen die USA den Anspruch, die UNO als den wichtigsten universalen Mechanismus für die Organisation der internationalen zwischenstaatlichen Beziehungen in ein Instrument ihrer Machtpolitik zu verwandeln oder gänzlich aus der praktischen Politik auszuschalten. Die Verteidigung der UNO und des geltenden Völkerrechts gegen Rückschritte schließt eine demokratische Weiterentwicklung nicht aus. Im Gegenteil: die Bemühungen von linken und anderen Kräften in allen Kontinenten, die UNO zu reformieren, sie insbesondere zu demokratisieren, um ihren zivilisatorischen Charakter weiter zu entwickeln, sind unauf löslich verknüpft mit dem Kampf um die Bewahrung von Stärke und Bedeutung der UNO und des Völkerrechts bei der Überwindung internationaler Konflikte.

5. In der Geschichte gab es nur wenige Situationen, in denen Völkermord, Krieg und Tyrannei mit militärischen Mitteln Einhalt geboten werden konnte. Machtpolitische, soziale, wirtschaftliche, ethnische und heute auch ökologische Konflikte als reale oder potentielle Kriegsursachen ließen und lassen sich militärisch nicht lösen. Sie sind nur mit zivilen Lösungsstrategien zu überwinden. Bei einem Bruch des Völkerrechts und bei einer Störung des friedlichen Zusammenlebens müssen alle zur Verfügung stehenden nichtmilitärischen Mittel in diplomatischem, ökonomischem, sozialem und politischem Bereich vollständig ausgeschöpft werden. In den meisten Fällen, in denen der UN-Sicherheitsrat militärische Einsätze gebilligt hat, wurden zivile Möglichkeiten nicht oder nicht aus-

reichend ausgeschöpft. Sozialistinnen und Sozialisten in aller Welt haben solche Einsätze abgelehnt. Die PDS verteidigt die Charta der Vereinten Nationen und mit ihr das Prinzip der Gewaltlosigkeit in den internationalen Beziehungen. Nur in Ausnahmefällen erlaubt Kapitel VII Gewaltanwendung. Die PDS lehnt gewaltsame Interventionen ohne Mandat der UNO ab. Auch von der UNO mandatierte Einsätze müssen abgelehnt werden, wenn zivile Maßnahmen zur Konfliktlösung ungenutzt bleiben. Im übrigen wird die PDS nach eingehender Analyse von Ursachen und Entstehungsgeschichte eines Konfliktes sowie der Interessenlagen der Konfliktparteien, von Großmächten oder anderen intervenierenden Staaten prüfen, ob im Ausnahmefall – wie im Falle der Republik Haiti und Osttimor – der notwendige Stopp eines Völkermords oder einer Aggression mit militärischen Mitteln durch den UN-Sicherheitsrat akzeptiert werden kann – nicht als Mittel der Konfliktlösung oder Konfliktbewältigung, sondern zur Erreichung von Bedingungen, unter denen zivile Mittel wirksam werden können.

6. Die PDS ist der Auffassung, dass bei Mandatierungen gemäß Kapitel VII der UN-Charta die Metropolenstaaten, d.h. Großmächte mit globalen Interessen, ausgeschlossen bleiben sollten. Neben historischen Gründen ist diese Überlegung ausschlaggebend dafür, dass wir unverändert jeden internationalen Einsatz der Bundeswehr ablehnen. Wir haben aus historischer Erfahrung die Überzeugung gewonnen, dass gerade Deutschland seine internationale Verantwortung vor allem als Zivilmacht wahrnehmen sollte – als eine Macht, die ihr Gewicht bewusst nicht über ihre militärische Kraft definiert und zur Geltung bringt.

7. Die OSZE ist durch die NATO systematisch an den Rand friedenssichernden Handelns gedrängt. Statt militärische Interventionspotentiale der WEU zu schaffen, ist die Weiterentwicklung der OSZE zu einer voll funktionsfähigen Europäischen Sicherheitsgemeinschaft eine dringliche Aufgabe.

8. Die Weiterentwicklung und Konkretisierung der Konzepte der PDS zur Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, die Intensivierung der begonnenen Diskussion um Perspektiven nichtmilitärischer Konfliktvorbeugung, Konfliktbewältigung und die Vernetzung der daraus resultierenden Handlungsperspektiven für die Partei auf den verschiedenen Ebenen – von der internationalen europäischen bis zur kommunalen – sind Verpflichtung für die Antikriegs- und Friedenspartei PDS. Dabei geht es zugleich darum, der „Relegitimierung“ des Krieges durch die NATO, die Bun-

desregierung und durch Parteien Einhalt zu gebieten. Die PDS ist sich bewusst, dass eine solche Politik eines langen Atems, beharrlichen Widerstands gegen die Politik der Bundesregierung und des Ringens um ein grundlegend gewandeltes geistiges und politisches Klima in der Gesellschaft bedarf. Dazu wird die PDS ihren Beitrag leisten.

9. Der Parteivorstand wird beauftragt, einmal jährlich eine Friedenskonferenz als wissenschaftliche Tagung mit internationaler Beteiligung durchzuführen. Hierbei sollen vor allem Ursachen aktueller und drohender Kriege ausgeleuchtet und zivile Konfliktlösungsstrategien diskutiert werden.

Begründung:

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes zu Beginn der 90er Jahre eröffnete sich die Chance, von bisherigen, auf Militärblöcken und gegenseitiger konventioneller wie atomarer Abschreckung fußenden Sicherheitskonzeptionen zu einer primär zivil orientierten Sicherheitssystematik überzugehen. Diese Chance ist von den Staaten, insbesondere der NATO, nicht genutzt worden.

Im Gegenteil: Kriege, militärische Gewalt und Stärke sowie die Drohung mit ihnen gewinnen in der internationalen Politik, in den internationalen Staatenbeziehungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert an Stellenwert. Nach wie vor existiert eine ständige und reale Bedrohung des Weltfriedens. Mehr noch: Was noch vor 10 Jahren undenkbar schien, ist heute Realität. Unter Bruch des Friedensgebots des Grundgesetzes und völkerrechtlicher Verpflichtungen ist Deutschland – im NATO-Bündnis – am Ende des 20. Jahrhunderts wieder kriegführende Partei geworden. Der im Ergebnis des 2. Weltkrieges bislang scheinbar unantastbare Grundsatz „Nie wieder darf von deutschem Boden Krieg ausgehen“ läuft mit der von der Schröder/Fischer-Regierung vorgenommenen Neugewichtung deutscher Außenpolitik ernsthaft Gefahr, künftig unkenntlich gemacht und zur Makulatur zu werden.

Vor diesem Hintergrund bleiben unsere grundsätzlichen Aussagen über die friedens- und sicherheitspolitischen Positionen der Partei des Demokratischen Sozialismus aktuell und gültig, wie sie im Parteiprogramm, in den Wahlprogrammen unserer Partei zu den Bundestagswahlen 1998 und zum Europäischen Parlament (1999) umrissen wurden.

Heute sind die internationalen Sicherheitsmechanismen, sind die Möglichkeiten von UNO und OSZE weit davon entfernt, Frieden zu gewährleisten. Internationale Mechanismen zur Lösung der weltweiten wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Probleme, zur Erreichung eines Zustandes von Stabilität und Wohlfahrt fehlen fast völlig. Die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung müssen erst noch geschaffen werden.

Diese Mängel hängen nicht in erster

Linie mit der UNO, ihrer Struktur, ihrer Verfasstheit oder ihrem Apparat zusammen. Internationale Staatenorganisationen können nicht besser sein als die Welt, in der sie existieren, denn nur ihre Mitgliedsstaaten und das zwischen ihnen bestehende politische und wirtschaftliche Kräfteverhältnis entscheiden über ihre Wirksamkeit. Trotz dieser Erkenntnis bleibt die UNO als universales politisches Instrument zur Lösung der großen Fragen unserer Zeit alternativlos und unverzichtbar. Die Organisation sowie das von ihr hervorgebrachte Völkerrecht haben zur Zeit der Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West einen unersetzbaren Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens geleistet. Die in der UN-Charta verbrieften völkerrechtlichen Prinzipien für das Zusammenleben der Staaten und Völker wurden von der internationalen Gemeinschaft als ein politischer Grundkonsens angenommen, dessen Verteidigung in seiner Gesamtheit gerade heute zu einem kategorischen Imperativ wird.

Nach dem Wegfall der Ost-West-Blockkonfrontation und der Auflösung des Warschauer Vertrages erfolgte eine Kräfteverschiebung zugunsten der politisch und wirtschaftlich dominanten Staaten des Nord-Westens. Das führte zu mehr Unsicherheit und Unberechenbarkeit in den internationalen Beziehungen. Im Gefolge des neoliberalen Globalisierungsprozesses entstehen neuartige Risiken und Konflikte. Ihnen sind die Organisationen in heutiger Gestalt mit den vorhandenen Instrumentarien und Wirkungsmechanismen nicht mehr gewachsen. Die USA sind dabei, auch die UNO als wichtigsten verbleibenden universalen internationalen Mechanismus für die Organisation der zwischenstaatlichen internationalen Beziehungen ihren eigenen Machtinteressen unterzuordnen und – soweit dies nicht gelingt – aus der praktischen Politik auszuschalten. Das bedingt eine wachsende Ineffizienz der UNO bei der Lösung komplizierter internationaler Konflikte bzw. der Suche nach Alternativen angesichts der globalen Herausforderungen. Vor dem Hintergrund wachsender ethnischer, religiöser und sozialer Konflikte wird versucht, das Völkerrecht zu verändern: Einzelne Bestandteile werden herausgelöst, zweckbestimmt zum Primat erklärt und für die Durchsetzung globaler Ansprüche instrumentalisiert und missbraucht. Die Leidtragenden sind dabei die betroffenen Völker.

Der Selbstmandatierung der NATO muss eine internationale Alternative entgegengesetzt werden, die diesen Kreislauf durchbricht. Eine solche Alternative kann nur in der Stärkung der UNO und dem erreichten Völkerrechtskonsens und dessen Weiterentwicklung im Sinne ziviler Konfliktvorbeugung und Konfliktlösung bestehen. Denn das Fehlen völkerrechtlicher Normen, die den neuen Risiken Rechnung tragen, führt nicht

zwangsläufig zu weniger Einmischung von außen, sondern zur Besetzung der Freiräume durch die Stärkeren. Ungeachtet des Missbrauchs der UNO durch die USA und ihre Verbündeten, bleibt sie ein unverzichtbares universales Staatenforum, das die Fähigkeit und die notwendigen Kapazitäten entwickeln kann, imperialen Einfluss zu begrenzen. Die von der UNO hervorgebrachten verbindlichen Völkerrechtsprinzipien legen den imperialen Interventionsbestrebungen Fesseln an.

Bei der Betrachtung der UNO, ihrer völkerrechtlichen Grundsätze und ihrer künftigen Gestalt geht es der PDS nicht um eine Revision oder Abspaltung einzelner Bestandteile, sondern um die Verteidigung des bisher erreichten Grundkonsens und dessen demokratische Weiterentwicklung. Unsere Bemühungen um eine Reformierung der UNO darf nicht zu einem Rückfall hinter diesen Grundkonsens führen, sondern muss der weiteren Ausprägung seiner zivilisatorischen Kapazität dienen.

Daher tritt die PDS erstens für die volle Beachtung und konsequente Umsetzung der UN-Charta in ihrer Gesamtheit ein.

Der Einführung einer militärischen Logik der Krisenbewältigung in das UN-System, wie sie von den USA und ihren Verbündeten mittels der NATO angestrebt werden, und dem Missbrauch eines UN-Mandats zur Durchsetzung nationaler ökonomischer und politischer Interessen durch NATO-Staaten ist entgegenzutreten. Das beinhaltet auch die Anerkennung des Gewaltverzichts zwischen den Staaten entsprechend der UNO-Charta und der Rechte des Sicherheitsrates zur Bewahrung oder Wiederherstellung des Friedens.

Zweitens tritt die PDS für eine Demokratisierung der Strukturen und Entscheidungsmechanismen der Vereinten Nationen ein. Neue Subjekte in Gestalt der Nichtregierungsorganisationen (NGO) haben die Bühne politischen Handelns auch auf der Weltebene betreten und sich als neue demokratische Kraft in den internationalen Beziehungen etabliert. Diese gewachsene Rolle sollte sich in realen Formen der Einbeziehung ihres emanzipatorischen und zivilisatorischen Know-hows in der Tätigkeit der UNO widerspiegeln.

Der Sicherheitsrat als letztinstanzliches Entscheidungsgremium ist zugunsten der Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu erweitern. Wir lehnen die Pläne der Bundesregierung ab, einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat einzunehmen. Es geht vielmehr um eine prinzipielle Demokratisierung der Entscheidungsmechanismen.

Die Generalversammlung als einziges Organ, das alle Mitgliedsstaaten repräsentiert, ist mit größeren Vollmachten auszustatten zum Zwecke der Einrichtung wirksamer Instrumente und Organe zur Lösung der wirtschaftlichen, so-

zialen und ökologischen Probleme der Welt. Währungsfonds und Weltbank sollten der Aufsicht dieser Organe unterstellt werden.

Drittens treten wir für eine weitere Ausprägung der Wirksamkeit und Weiterentwicklung der in der UN-Charta definierten völkerrechtsverbindlichen Normen und Instrumente ein.

Pia Maier, Diether Dehm, Michael Schumann

Regionalkonferenz NRW u.a.

Änderungsanträge zum Antrag des Vorstands

„Positionen der PDS zur internationalen Krisen- und Konfliktbewältigung“

1. Punkt 2 soll wie folgt geändert werden:

Die PDS tritt für ein Verbot von Rüstungsexporten bis hin zum Verbot des Exports sogenannter Kleinwaffen sowie für den Stopp jeglicher Militärhilfen ein.

Begründung: Da die Militärhilfen der Bundesrepublik, z.B. an die Türkei, in der Vergangenheit eine große Rolle gespielt haben, sollten sie extra erwähnt werden. Der Vernichtungskrieg gegen die Kurden hätte ohne deutsche Militärhilfe – auch in Geldzahlungen – gar nicht geführt werden können.

2. Die drei letzten Sätze von Punkt 5 sollen durch folgende vier Sätze ersetzt werden:

Die PDS lehnt gewaltsame Interventionen ohne Mandat der UNO ab. Sie ist auch strikt gegen von der UNO mandatierte Einsätze, wenn zivile Maßnahmen zur Konfliktlösung ungenutzt blieben oder nicht ausgeschöpft wurden. Im übrigen wird die PDS nach eingehender Analyse von Ursachen und der Entstehungsgeschichte eines Konflikts sowie der Interessen der Konfliktparteien, von Großmächten oder anderen intervenierenden Staaten prüfen, ob im Ausnahmefall der notwendige Stopp eines Völkermordes oder einer Aggression mit militärischen Mitteln durch den UN-Sicherheitsrat hingenommen werden muss. Auch in solchen Fällen kann es nur darum gehen, Bedingungen zu schaffen, unter denen zivile Mittel wirksam werden können.

Begründung: Die Änderungen sollen die Kritik auch an mandatierten UN-Militäreinsätzen verstärken. Die ursprüngliche Formulierung – insbesondere das Wort „akzeptieren“ – würde in Ausnahmefällen die Zustimmung zu militärischen UN-Einsätzen ermöglichen. In seltenen Ausnahmefällen – z.B. wenn beide Seiten einem Militäreinsatz zustimmen – kann es zwar ausreichend sein, unsere prinzipielle Ablehnung aller militärischen Mittel durch eine Enthaltung deutlich zu machen. Zustimmung sollte die PDS jedoch auch dann nicht.

Alles in allem sollten wir unsere Kritik an der Bundesregierung, die militärische UN-Einsätze aktiv betreiben will, nicht schwächen, sondern nicht müde

werden, deutlich zu machen, dass militärische „Lösungen“ keine Lösungen sind. Die im Antragstext genannten Beispiele Haiti und Osttimor sollten wir weglassen, sie lösten auf der Konferenz in Köln sofort sehr kontroverse Diskussionen aus.

3. Hinter dem ersten Satz von Punkt 6 soll eingefügt werden:

Die PDS ist der Auffassung, dass bei Mandatierungen gemäß Kapitel VII der UN-Charta die Metropolenstaaten, d.h. Großmächte mit globalen Interessen, ausgeschlossen bleiben sollten. Das gleiche gilt für Staaten, die Interessen in der betroffenen Region verfolgen.

Begründung: Es gibt auch regionale Vormacht-Staaten, wobei unser Ziel, die Großmächte aus den Mandatierungen nach Kapitel VII der UN-Charta ganz herauszuhalten, nicht verwässert werden soll.

4. Der letzte Satz von Punkt 6 soll wie folgt geändert werden:

Insbesondere die Verantwortung Deutschlands für zwei Weltkriege bringt uns zu der Überzeugung, dass gerade Deutschland seine internationale Verantwortung ausschließlich als Zivilmacht wahrnehmen sollte – als eine Macht, die ihr Gewicht bewusst nicht über ihre militärische Kraft definiert und zur Geltung bringt.

Begründung: Die in der Begründung des Antrages ausführlich dargelegte Verantwortung Deutschlands für zwei Weltkriege sollte auch im Beschlußtext selbst vorkommen. Die Worte „vor allem“ sollen durch das Wort „ausschließlich“ ersetzt werden, um die antimilitaristische Position der PDS deutlicher zu machen.

5. An den letzten Satz von Punkt 6 sollen folgende Änderungen angefügt werden:

Aus den gleichen Gründen sind wir gegen einen ständigen Sitz der Bundesrepublik im Sicherheitsrat. Deutschland muss ein Kriegsdienstverweigerer unter den Staaten sein.

Begründung: Die ebenfalls in der Begründung des Antrages enthaltene Ablehnung eines Sitzes Deutschlands im Sicherheitsrat sollte auch im Antrag selbst vorkommen, um eine schärfere Trennungslinie zur Großmachtpolitik der Bundesregierung zu ziehen. Die aus der Friedensbewegung stammende Forderung, Deutschland solle ein Kriegsdienstverweigerer unter den Staaten sein, würde deutlich machen, dass wir politisch die Verbindung mit den vielen Kriegsdienstverweigerern wollen.

Auf Grundlage der Diskussion auf der PDS-Regionalkonferenz zur Programmdiskussion am 19. Februar 2000 in Köln wird dieser Antrag unterstützt von:

Ulla Lötzer (MdB, Sprecherin Landesvorstand [LV] NRW), Wolfgang Freye (LV NRW), Astrid Keller (Parteitagsdelegierte, MdB Dortmund), Klaus H. Jann (Sprecher KV Mettmann, MdB Wülfrath), Ulrike Detjen (LV NRW), Peter Bathke (Köln), Günter Ackermann (Kreisvorstand Duisburg), Michael Aggelidis (Kreisvorstand Bonn), Sahin

Aydin (LV NRW), Merlin Carl (Kreisvorstand Rhein-Sieg), Jörg Detjen (MdB Köln), Christoph Ferdinand (AsTA-Referent, Essen), Ralf Fischer (Sprecher KV Essen), Gabriele Giesecke (Sprecherin KV Essen, Parteiratsdelegierte, MdB), Eberhard Harbrink (Vorstand BG Mülheim), Michaela Hasenbalg (Bonn), Heinrich Hellwig (Kreisvorstand Essen), Volkmart Herpertz (Kreisvorstand Essen), Thorsten Jannoff (MdB Gelsenkirchen), Damian Januschewski (Sprecher UK Oberberg), Daniel Lack (Sprecher BG Radevormwald), Frank Lauburg (MdB Düsseldorf), Thomas Leber (Köln), Michael Otter (Schatzmeister KV Rhein-Sieg), Hanno Raussendorf (Landesvorstand NRW), Rolf Rosinski (Sprecher BG Mülheim), Susanne Schregel (LV NRW), Sengül Senol (MdB Köln), Ralf Sondermeyer (Schatzmeister KV Hagen), Werner Wachner (Oberhausen), Manfred Weber (Sprecher KV Hagen), Gernot Westphalen (Bonn), Christoph Wiese (Sprecher KV Köln).

Aus dem PDS-LVBayern wird dieser Antrag unterstützt von:

Uwe Hirsch (MdB), Sima Soraya (Sprecherin LV Bayern), Stephan Straub (Sprecher LV Bayern), Martin Fochler (LV Bayern, Parteiratsdelegierter), Kristina Haderl (LV Bayern, Sprecherin KV Nürnberg), Johannes Kakoures (Schatzmeister KV München, Parteitagsdelegierter), Brigitte Wolf (LV Bayern, Sprecherin KV München), Jan Tepperies (Sprecher KV München)

Sylvia-Yvonne Kaufmann u.a.

Antrag an die 3. Tagung des 6. Parteitag

Nein zu UN-Militäreinsätzen – Internationale Krisen und Konflikte friedlich lösen

1. Am Beginn des 21. Jahrhunderts sind Kriege, Militärinterventionen, qualitative Aufrüstung und militärische Blockbildung Kennzeichen der internationalen Politik. Entgegen allen Erwartungen ist der Frieden in der Welt seit Beendigung der Ost-West-Blockkonfrontation nach 1990 nicht sicherer geworden. Die Militarisierung von Politik, zwischenstaatlichen Beziehungen und Gesellschaften ist vielmehr zu einer existentiellen Bedrohung geworden. Das Friedensgutachten 1999 der deutschen Friedens- und Konfliktforschung listet für das Jahr 1998 weltweit 33 Kriege sowie Dutzende Spannungs- und Krisenherde auf.

Die politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisse verändern sich. Die internationalen Beziehungen sind tiefgreifenden Erschütterungen ausgesetzt, deren Ausgang und Ende nicht absehbar sind. Infolge dieser gewaltigen Umbrüche in den Weltbeziehungen entstehen neuartige Interessengegensätze zwischen Staaten, Völkern und unterschiedlichen Kulturkreisen. Alte Konflikte brechen mit voller Wucht aus, und es wird Feuer für neue, gefährliche Brandherde gelegt. Faktisch beherrschen die USA den komplexen Konfliktbogen vom Balkan, den Nahen Osten, über Kaschmir, die koreanische Halbinsel bis Taiwan. Bestehende Chancen für Frieden und Abrü-

stung und für ein ziviles und kooperatives internationales Sicherheitssystem werden vor allem von den USA und ihren NATO-Verbündeten bewusst missachtet. Der globalisierte Kapitalismus maß sich das Recht an militärisch zu intervenieren, wo und wann immer er es für erforderlich erachtet. Er blockiert notwendige internationale wirtschaftliche und soziale Wandlungen, insbesondere einen grundlegenden solidarischen und sozial-ökologischen Umbau der Weltwirtschaft. Die internationale Sicherheit wurde dadurch gravierend vermindert, dass Abrüstung ebenso verhindert wird wie die Entmilitarisierung und Demokratisierung der internationalen Staatenorganisationen.

Nach dem Ende des bipolaren Weltsystems und des „Gleichgewichts des Schreckens“ ist der Krieg auch nach Europa zurückgekehrt. Die deutsche Außenpolitik hat in den 90er Jahren zur Eskalation der Krisen und bewaffneten Konflikte im früheren Jugoslawien beigetragen. Sie hat ein hohes Maß an politischer Mitverantwortung am Zerfallsprozess dieses Landes sowie an der Zuspitzung der Lage auf dem Balkan. 1999 ist in Deutschland der ursprüngliche Konsens, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe, durch SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, CSU und F.D.P. zerstört worden. Deutschland war erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder Partei eines Angriffskrieges.

Mit dem als „humanitäre Intervention“ deklarierten Kosovo-Krieg haben die USA und die im NATO-Bündnis zusammengeschlossenen Metropolenstaaten in direkter Umsetzung ihres in Washington beschlossenen „Neuen Strategischen Konzepts“ aller Welt demonstriert, dass sie entschlossen sind, zur Durchsetzung ihrer politischen, wirtschaftlichen und Machtinteressen für sich jederzeit das „Recht“ auf weltweite militärische Intervention und Kriegführung in Anspruch zu nehmen. Ähnlich agieren die westeuropäischen EU-Mitgliedstaaten. Auf der Grundlage der EU-Gipfel-Beschlüsse von Helsinki forcieren sie in dramatischem Tempo die Bildung „autonomer EU-geführter Krisenstreitkräfte“, um unter dem Deckmantel sogenannter „friedensschaffender Maßnahmen“ weitgehend unabhängig von den USA und der NATO in und außerhalb Europas in Konflikte militärisch intervenieren zu können.

Diese, von der rot-grünen Bundesregierung maßgeblich mitbeförderte „Politik der Selbstmandatierung“ zur angeblichen Krisen- und Konfliktbewältigung missachtet das durch die Mächte der Anti-Hitler-Koalition nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geschaffene und auf die Ächtung des Krieges und militärischer Gewaltanwendung gerichtete Völkerrecht. Die UNO, die OSZE und die nichtmilitärischen kooperativen Formen internationaler Sicherheit werden zugunsten eines politischen und militäri-

schen Machtmonopols des Westens an den Rand der internationalen Politik gedrängt. Globale Kapitalinteressen sollen durch globale Militär- und Interventionsmacht abgesichert werden.

2. Das seit 1945 bestehende Völkerrecht, insbesondere das in der UN-Charta verankerte und für alle UN-Mitgliedstaaten verbindliche Prinzip des Verzichts auf Androhung und Anwendung militärischer Gewalt ist bereits zu Zeiten des Ost-West-Konflikts von den USA und der Sowjetunion vor allem in ihren jeweiligen politischen Einflussbereichen fortwährend missachtet worden. Die Partei des Demokratischen Sozialismus hat sich daher in kritischer Analyse der Geschichte der internationalen Politik, einschließlich des völkerrechtswidrigen Einmarsches des Warschauer Vertrages in die Tschechoslowakei, der sowjetischen Militärinterventionen in Ungarn und Afghanistan, sowie in Auseinandersetzung mit den militärisch geprägten Sicherheitskonzeptionen der SED dafür entschieden, aus der herkömmlichen politischen Logik des Denkens und Handels in militärischen Abschreckungs-, Bedrohungs- und Kriegsführungskategorien auszubrechen und militärische Gewaltanwendung als Mittel der internationalen Politik strikt abzulehnen.

Die PDS engagiert sich seit ihrer Gründung für eine zivile, nichtmilitärische Außen- und Sicherheitspolitik. Deshalb hält sie an allen ihren in den Wahlprogrammen – sowohl für den Bundestag (1998) als auch für das Europäische Parlament (1999) – formulierten Positionen, Forderungen und Vorschlägen fest. So wird sie sich auch weiterhin für die Auflösung der NATO und gegen die Militarisierung der Europäischen Union, für das Verbot von Rüstungsexporten und das Verbot aller Massenvernichtungswaffen, für allgemeine, vollständige Abrüstung und Rüstungskonversion engagieren. Sie wendet sich gegen jegliche Auslandseinsätze der Bundeswehr, setzt sich für die deutliche Reduzierung der Streitkräfte in kürzester Zeit ein und will, dass die Wehrpflicht als Bestandteil eines einseitigen, langfristigen und vollständigen Abrüstungsprozesses abgeschafft wird.

Die PDS tritt entschieden für internationale kollektive Sicherheitsstrukturen und -systeme ein sowie für die Durchsetzung des militärischen Gewaltverbots in der internationalen Politik. Sowohl die UNO als auch die OSZE, die aufgrund ihrer Zusammensetzung und vereinbarten Arbeitsgrundsätze am besten für ein wirksames europäisches Sicherheitssystem geeignet ist, verfügen über zahlreiche Mechanismen und Instrumentarien für präventive Konfliktbearbeitung und zivile Konfliktbeilegung. Die Vereinten Nationen mit ihren verschiedenen Spezialorganisationen, vor allem die in Kapitel VI der UN-Charta fixierten Regeln für friedliche Streitbeilegung bieten dafür ein breitgefächertes Reservoir. Hier sind auch die UN-Blauhelmeinsätze –

wie zum Beispiel auf den Golanhöhen oder auf Zypern – einzuordnen, deren Aufgabe darin besteht, nach einem Waffenstillstand und mit Zustimmung der Konfliktparteien ohne militärische Gewaltanwendung Frieden zu bewahren. Der Kern des Problems besteht aber darin, dass die zivilen Möglichkeiten der UNO und der OSZE in der Praxis der internationalen Politik entweder nicht oder nur halbherzig genutzt und schon gar nicht mit den erforderlichen finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Seit den 90er Jahren (beginnend mit dem vom Sicherheitsrat unter Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta sanktionierten und damit UN-mandatierten Golfkrieg im Gefolge der Aggression Iraks gegen Kuwait) ist zudem mehr und mehr offensichtlich, dass die USA aufgrund der veränderten Weltlage sowohl die UNO als auch die OSZE (wie z.B. beim Abzug der OSZE-Beobachter aus dem Kosovo) je nach ihrer Interessenlage benutzen. Aus all dem erklärt sich vor allem auch die sprunghafte Zunahme UN-mandatierten Militärinterventionen zur „humanitären Krisen- und Konfliktbeilegung“, die in den letzten 10 Jahren unter Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta stattfanden. Haiti, aber auch Ost-Timor bilden da keine Ausnahme. Im Gegenteil. Die Analyse der Vorgeschichte, der Ursachen und des Verlaufs dieser beiden Konflikte bestätigen, dass auch hier – wie bei allen anderen nach Kapitel VII mandatierten UN-Militäreinsätzen – zivile Möglichkeiten der Konfliktbeilegung nicht nur ungenutzt blieben. Vielmehr haben die USA in Haiti durch direkte und indirekte Einmischung bzw. in Ost-Timor ebenso wie andere Mächte durch Parteinahme oder fortgesetzte Rüstungsexporte konfliktverschärfend agiert. In Ost-Timor wurde das mit Hilfe der UN durchgeführte Referendum höchst halbherzig vorbereitet und wie inzwischen eingeräumt wird, Tod und Vertreibung in Kauf genommen.

3. Die jüngsten Entwicklungen in der internationalen Politik bestärken die PDS darin, gemeinsam mit den verschiedensten nationalen und internationalen Kräften der Friedensbewegung, der Kriegsdienstverweigererbewegung und Nichtregierungsorganisationen sowie als Teil der pluralistischen europäischen Linken der Militarisierung der internationalen Politik und der Gesellschaften weiterhin konsequent entgegenzuwirken und ihre politische Verantwortung als einzige im Deutschen Bundestag vertretene Antikriegspartei engagiert wahrzunehmen.

Sie macht sich keine Illusionen über die Schwierigkeiten und ihre eigenen Möglichkeiten, die von den USA und ihren Partnern vorangetriebene Militarisierung der internationalen Beziehungen zu beenden, der „Relegitimierung“ von Krieg durch NATO und EU, aber auch der unter einem behaupteten Völkergewohnheitsrecht subsumierten militärischen

Gewaltanwendung in der internationalen Politik unter dem Dach der UNO entgegenzuwirken. Sie hat auch keine Illusionen über die Komplexität und Vielschichtigkeit aller damit zusammenhängenden Fragen. Sie ist sich jedoch bewusst, dass die dringenden Veränderungen eines langen Atems, beharrlichen Widerstandes gegen den gegenwärtigen politischen mainstream und gegen die Politik der Bundesregierung sowie des beständigen Ringens um ein grundlegend gewandeltes gesellschaftliches und politisches Klima bedürfen.

Um als konsequente Friedens- und Abrüstungspartei offensiver und überzeugender in die Gesellschaft hinein wirken zu können, wird sie sich auf allen Ebenen der Partei intensiver als bisher aktuellen Fragen der internationalen Politik widmen. Dies gilt insbesondere für den Ausbau der Zusammenarbeit mit der Friedens- und Konfliktforschung und Friedensorganisationen, für die Entwicklung der eigenen Analysefähigkeiten über Ursachen, Hintergründe und Zusammenhänge internationaler, regionaler, zwischenstaatlicher und innerstaatlicher Krisen und Konflikte sowie für die Weiterentwicklung und Konkretisierung von Konzepten der PDS zur zivilen, nichtmilitärischen Konfliktvorbeugung und Konfliktbewältigung.

Bei der Entwicklung ihrer alternativen Politikkonzepte wird die PDS die UNO, als der einzig existierenden universellen politischen Staatenorganisation, auch bei aller berechtigten Kritik an ihr verteidigen. Sie sieht sie gerade angesichts der Globalisierungsprozesse in unserer heutigen Zeit als unverzichtbare internationale Organisation an, die gestützt auf ihre Spezialorganisationen eine wichtige Rolle zur Lösung der globalen Probleme dieser Welt spielen kann. Das setzt voraus, dass die Staaten die völkerrechtlich fixierte Verantwortung der UNO zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit respektieren und sie mit den dafür erforderlichen politischen und finanziellen Mitteln ausstatten. Es darf nicht länger zugelassen werden, der UNO einerseits die Arbeitsmöglichkeiten zu entziehen (die USA schuldeten ihr 1999 fast 1,8 Milliarden US-Dollar) und der Weltorganisation andererseits Unfähigkeit zur Konfliktlösung und -verhütung vorzuwerfen bzw. sie schrittweise an der Fähigkeit, wirksame zivile Konfliktlösungsmechanismen zu entwickeln, zu hindern und das internationale Vertrauen in sie zu erschüttern. Vielmehr muss das UNO-System entsprechend der Charta zum Zentrum gemeinsamer internationaler Aktivitäten zur Sicherung von Frieden und Entwicklung, zur Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, zur Zusammenarbeit der Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung, zur Beseitigung von Hunger, Armut und Unterentwicklung und zum Erhalt der natürlichen Umwelt ausge-

baut werden.

In der gegenwärtigen Diskussion um Konfliktbeilegung und -prävention nimmt das Verhältnis von Völkerrecht und Menschenrechten einen zentralen Platz ein. Die PDS bekräftigt ihre Auffassung, wonach ohne Beachtung des Völkerrechts keine umfassende Durchsetzung von Menschenrechten möglich ist. Menschenrechte haben eine zivile, keine militärische Logik. Sie sind im Völkerrecht verankert. Ihre Grundlagen sind die internationalen, von den Staaten abgeschlossenen Verträge sowie die entsprechenden Artikel der UN-Charta, die Interventionen mit militärischen Mitteln zu deren Umsetzung nicht vorsehen. Darin liegt die eigentliche ethische völkerrechtliche Verankerung der Menschenrechte. Dies sind für die PDS die maßgeblichen Kriterien zur Einschätzung und Festlegung von Positionen im Hinblick auf Entscheidungen des UN-Sicherheitsrats. Dabei berücksichtigen wir auch, dass die Vereinten Nationen, die anderen Organisationen des UNO-Systems und die UN-Charta trotz Dominanz der USA und ihrer Bündnispartner über die Weltorganisation zugleich ein wichtiges Hindernis gegen die globalen Machtambitionen der NATO und zugleich der Rahmen für die Bewahrung demokratischer Alternativen sind.

Die PDS lehnt aus all diesen Gründen UN-mandatierte Militärinterventionen unter Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta ab.

Begründung:

Die Antragstellerinnen und Antragsteller sprechen sich dafür aus, dass die PDS ihre bisherige Position beibehält, UN-mandatierte Militäreinsätze zur Beilegung internationaler Krisen und Konflikte abzulehnen und ihnen auch nicht im sogenannten „Ausnahmefall“ bzw. „Einzelfall“ zuzustimmen. Aussagen und Einschätzungen in den Antrags- und Begründungstexten des Antrags des Parteivorstands sind politisch wie inhaltlich widersprüchlich und nicht überzeugend. Die Antragstellerinnen und Antragsteller sehen gerade angesichts der Entwicklungen in der internationalen Politik keine schlüssigen politischen Gründe, weshalb die PDS ihre alternative Politik ändern sollte. Vielmehr ist es sowohl für das politische Selbstverständnis als auch für das politische Profil der PDS als einzige im Bundestag vertretene Friedenspartei außerordentlich bedeutsam, ihre eindeutig ablehnende Position zu UN-Militäreinsätzen beizubehalten.

Antragstellerinnen und Antragsteller:

Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, MdEP, stellv. Parteivorsitzende; Siglinde Schaub, MdA; Prof. Dr. Gregor Schirmer (MA PDS Bundestag) Dagmar Enkelmann, MdL; Monty Schädel, MdL; Konstantin Brandt, LaVo-Mitglied; Dorothee Menzner, Mitglied im BuVo der PDS, Landesvorsitzende; Steffen Dittes, MdL; Roland Hahnmann, MdL; Carsten Hübner, MdB; Prof. Dr. Ludwig Elm, Ex-MdB, Vors. des Thüringer Verbands der VvdN/BdA

Militäreinsätzen nach Kapitel 7 der UN-Charta

Beschluss des Landesparteitages der PDS Thüringen

Gewalt, einschließlich militärische Gewalt sind zur dauerhaften Lösung von politischen Konflikten ungeeignet. Zu deren Lösung bedarf es vor allem der Durchsetzung der politischen und sozialen Menschenrechte. Humanitäre Hilfe in Krisensituationen kann und muss durch zivile Kräfte gewährleistet werden. Deshalb lehnen wir die zunehmende Militarisierung der EU- und der bundesdeutschen Außenpolitik sowie Auslandseinsätze der Bundeswehr ab.

Die UNO muss als friedensbewahrende und friedenserhaltende Institution gestärkt und demokratisiert werden. Zur Bewahrung des Friedens sind zugleich Abrüstung und Rüstungsexportverbot sowie der Abbau von Geheimdiensten nötig. In der PDS haben pazifistische Grundpositionen eine politische Heimat, auch wenn sich die PDS als pluralistische linke Partei nicht als rein pazifistisch versteht. Zugleich erkennen wir das Recht auf Widerstand an, auch wenn wir nicht jede Form, mit der dieses Recht wahrgenommen wird, als geeignet betrachten.

Aus diesen Gründen stellt der Landesparteitag an den Bundesparteitag folgenden Antrag:

Die PDS ist und bleibt konsequente Antikriegspartei. Wir kämpfen gegen jede Form von Aggression, gegen die zunehmende Militarisierung in der internationalen Politik und gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Um in diesem Kampf gemeinsam mit anderen Kräften in der Friedensbewegung Mehrheiten mobilisieren zu können, braucht die PDS nachvollziehbare und glaubwürdige friedenspolitische Positionen. Deshalb müssen wir diese ständig kritisch und selbstkritisch überprüfen. Vor dem Hintergrund neuer Entwicklungen (Jugoslawien-Krieg, Ost-Timor, neue NATO-Strategie) betrachtet der Bundesparteitag die Diskussion zur Haltung der PDS zu Militäreinsätzen nach Kapitel 7 der UN-Charta als Bestandteil der programmatischen Debatte. Deshalb können vorschnelle Beschlüsse diese Debatte nur behindern und nicht befördern. Insofern sieht der Parteitag die Formulierungen im Parteiprogramm und die Beschlusslage des Magdeburger Parteitages 1996 als gültig an.

Es liegt im Selbstverständnis der PDS, dass Abgeordnete ihre Entscheidungen sowohl auf der Grundlage geltender Beschlüsslagen als auch nach ihrem Gewissen treffen. Hierbei auftretende Differenzen müssen miteinander und nicht gegeneinander diskutiert und ausgetragen werden.

53 ja, 18 nein, 13 Enthaltungen

4. März: *Der Krieg und die Evangelische Kirche.* In Tutzing findet eine Tagung „Was rechtfertigt Krieg?“ Der Krieg im Kosovo provoziert ein neues Nachdenken über die Friedensethik statt.

11. März: Berlin: *Workshop „Informationskrieg und Informationsfrieden“.* Zur Kritik der Sicherheitspolitik in der Informationsgesellschaft, 10-17.30 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, Raum 446, ausführliches Programm: <http://userpage.fu-berlin.de/~bendrath/fogis/workshop3-2000.html>, VA: Forschungsgruppe Informationsgesellschaft und Sicherheitspolitik FoG:IS <http://userpage.fu-berlin.de/~bendrath/fogis> in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Kontakt: Bundesstiftung Rosa Luxemburg, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel.: 030/29784221, Fax: 030/29784222. E-Mail: info@bundesstiftung-rosa-luxemburg.de Internet: <http://www.bundesstiftung-rosa-luxemburg.de>

17. März: Ordentliche *Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen.* Veranstalter von: Bundesverband in Karlsruhe, Schwarzwaldhalle

18. März: 5. Bundesweiter Aktionstag: *Solidarität gegen staatliche Unterdrückung – das Schweigen brechen – die Initiative ergreifen – für die Freiheit der politischen Gefangenen.* Der Aufruf zum Aktionstag ist in „so oder so“, Januar 2000, auch im Angehörigen Info, veröffentlicht. Die Aktionen werden örtlich durchgeführt.

18. März: Hamburg: 2. Hearing für ein *Europäisches Tribunal zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien* als Bestandteil des Welttribunals (Ramsay Clark) Kontakt: GBM, Prof. Wolfgang Richter, Weitlingerstr. 89, 10317 Berlin, Tel.: 030/5578397, Fax: 030/5556355. E-Mail: gbmev@t-online.de Internet: <http://home.t-online.de/home/gbmev>

24. März: Zahlreiche Veranstaltungen zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien aus Anlass des *Jahrestages der Aggression.*

24./25. März, Bautzen: Friedenspolitische Konferenz der PDS zum Thema: *Militärische Gewalt, nichtmilitärisches Konfliktmanagement und die Schaffung kooperativer Sicherheitsstrukturen im Lichte der UNO-Charta.* Beginn am 24.3., 20-22 Uhr mit einer Podiumsdiskussion: Die Welt von heute, Widersprüche, Konflikte, Herausforderungen und politische Strategien für internationale Konfliktverhütung, -beilegung und Krisenmanagement zu Beginn des 21. Jahrhunderts. 25.3., 10.00 Uhr: Eröffnung der Konferenz durch Hans Modrow: Friedenspolitik im 21. Jahrhundert, Herausforderungen für die internationale und Sicherheitspolitik der PDS. Plenardebatte 10.30 bis 13.30 Uhr: „Die Vereinten Nationen und die internationale Sicherheit“. 14.00 bis 18.30 Uhr: Plenardebatte: „Zivilgesellschaft, internationale Sicherheitsstrukturen und der Traum der Linken vom Ewigen Frieden“. „Diese politisch-wissenschaftliche Konferenz ist für die PDS kohärenter Bestandteil der Vorbereitung auf die 3. Tagung des 6. Parteitag in Münster und soll zur Konkretisierung der politischen Aussagen der PDS einen sachlichen wissens- und positionserweiternden Beitrag leisten.“

7.- 9. April: *PDS-Bundesparteitag* in Münster

9. April: 13. *CDU-Parteitag* in Essen

15.-16. April: *Bundestreffen des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften* (siehe Kasten)

19. April: Hauptversammlung der *DaimlerChrysler AG*, ICC Berlin, mit Aktionen der Kritischen Aktionäre. Kontakt: Dachverband kritischer Daim-

lerChrysler Aktionäre, Sophienstr. 19, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711/608396, Fax: 0711/608357, E-Mail: orl@gaia.de Internet: <http://www.dfg-vk.de/orl/index.htm>

22. – 24. April: *Ostermärsche* in der ganzen Bundesrepublik

14. Mai: *Landtagswahl in NRW*

26. Mai: *Nordatlantische Versammlung,* Frühjahrs-Tagung in Budapest 31.

31. Mai: *Deutscher Katholikentag* in Hamburg

31. Mai bis 4. Juni: *Gesundheitstag 2000* in Berlin. Adresse: Gesundheitstag 2000, Sarrazinstr. 3, 12159 Berlin, fax: 030 / 85 99 97 78, Email: ich.mache.mit@gesundheitstag.de

1. Juni: *EXPO 2000* in Hannover (bis 31.10.), zahlreiche *Gegenaktionen*

6. Juni: *Westeuropäische Union*

6. bis 12. Juni: *Internationale Luftfahrtausstellung (ILA)* in Berlin Schönefeld und *Gegenaktivitäten von Friedensgruppen.* (Ausstellungsprogramm siehe <http://www.ila-berlin.de>) Kontakt: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Oranienstr. 25, 10999 Berlin, Tel.: 030/615005-30, Fax: 030/61500529. E-Mail: info@kampagne.de Internet: <http://www.kampagne.de>

9. Juni: Hauptversammlung der *Deutschen Bank*, Festhalle Frankfurt mit Aktionen der Kritischen Aktionäre. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: <http://www.kritischeaktionaeere.de>

8. bis 13. Juli: Welt- Konferenz der PädagogInnen für den Frieden „*Entwicklung einer Kultur des Friedens – für Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie*“ in Paris, UNESCO (Place Fontenoy). Kontakt: PädagogInnen für den Frieden (PPF) Bernhard Nolz, Kölner Str.11, 57072 Siegen, Tel.: 0271/20596, Fax: 0271/2390985 E-Mail: nolzpoppp@t-online.de, und Horst Bethge, Saseler Kamp 69a, 22393 Hamburg, Tel/Fax: (040) 6 01 52 12 Internet: <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/ppf>

7. November: *US-Präsidentenwahlen,* Neuwahl des Repräsentantenhauses und ein Drittel des Senats sowie zahlreicher Gouverneure

1. Dezember: *EU-Gipfel* in Frankreich

Einladung zur Jahrestagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

Die Jahrestagung beginnt am Samstag, den 15. April, um 10.00 Uhr und endet am Sonntag, 16. April, gegen 13.00 Uhr. Ort: DGB-Jugendbildungswerk Fulda

Der Arbeitsausschuss des Forums schlägt folgende Tagesordnung vor:

Samstag

10.00 – 13.00 Uhr: Friedenspolitik und PDS-Programmdiskussion nach dem PDS-Parteitag in Münster (Plenardebatte)

13.30 – 16.30 Uhr: Beratung in drei Arbeitsgruppen

- Armut, Arbeit und Repression in der Großstadt
- Lohnbewegung, Lohnhöhe, Lohnquote: Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums an der Quelle

c) Kurdistan-Solidarität, PKK-Verbot und Migrationspolitik

17.00 – 19.30 Uhr: Berichte aus den AGs, Beschluss zum Haushalt 1999, Wahlen zum Arbeitsausschuss, Beschluss über den nächsten Haushalt, Bericht über den weiteren Umgang mit Satzungsfragen (Plenum)

Sonntag

Ab 9.00 Uhr: Beratung über die Politischen Berichte, Verschiedenes

Teilnehmer an der Jahrestagung werden **dringend** gebeten, sich **bis spätestens 15. März** beim Arbeitsausschuss des Forums in Köln zu **melden**, mit exakter Verpflegungsmeldung. Übernachtung ist bereits von Freitag auf Samstag möglich, muss aber dann ebenfalls bis zum 15. März angemeldet werden.

Die Unterlagen für die Tagung gehen allen Teilnehmern nach Anmeldung zu.

Für den Arbeitsausschuss: R. Lötzer, J. Detjen